

# Heterodoxie, Positivismus und Ökonomismus

## Über die Vergeblichkeit der Überwindung des Neoliberalismus auf positivem Wege

*Ulrich Thielemann\**

*Berlin, 27. November 2019, überarbeitet 26. September 2020*

1. Der Status von Normativität und ihre Abhängigkeit von kategorial differenten Erkenntnisinteressen.....	3
2. Heterodoxe Ökonomik als der wahre Positivismus?.....	7
3. Neoklassische Ökonomik als Marktideologie.....	11
3.1 Die Verteidigung des <i>Homo oeconomicus</i> verletzt das Moralprinzip. ....	13
3.2 Die Unterschlagung der Verlierer im Prozess der „zerstörerischen Schöpfung“ ....	15
3.3 Der Freiheitsverlust durch die Entfaltung „freier“ Märkte .....	17
3.4 Der Verzicht auf Ideologiekritik.....	19
4. Das Marktversagensparadigma .....	20
5. Das Kontraproduktivitätsparadigma .....	24
5.1 Positivistische Ökonomik als Erfolgswirtschaftslehre .....	25
5.2 Positivistische Ökonomik als Verkünderin der „brutalen Wahrheit“ der Herrschaft des Marktprinzips.....	27
5.3 Heterodoxer Positivismus und die frohe Botschaft vom gut funktionierenden eigentlichen Markt .....	30
6. Das ethisch-kritische Paradigma von Ökonomik .....	33
Literatur.....	34

\* PD Dr. Ulrich Thielemann, MeM – Denkfabrik für Wirtschaftsethik, Wolframstr. 39, 12105 Berlin, ulrich.thielemann@mem-wirtschaftsethik.de. Ausarbeitung des Vortrages „Heterodoxe Ökonomik jenseits von Ideologie und ethisch-normativer Ideologiekritik? Das ethisch-kritische Paradigma von Ökonomik“ gehalten am 2. März 2019 im Rahmen der Konferenz zu Ehren von Karl-Heinz Brodbeck mit dem Titel „Wissen und Nichtwissen der ökonomisierten Gesellschaft. Aufgaben der Politischen Ökonomie im 21. Jahrhundert“, Cusanus Hochschule, Bernkastel-Kues.

## *Zusammenfassung*

Wenn auch mit einer Verspätung von fast einer Dekade, so wird die Vorherrschaft des neoliberal-neoklassischen Einheitsparadigmas nach der 2007 einsetzenden Finanzkrise seit jüngerer Zeit zunehmend in Frage gestellt. Jedenfalls nimmt die Anzahl heterodoxer und abweichender Stimmen zu. Der Mainstream dieser Heterodoxie versteht sich allerdings als die wahrhaft positive Ökonomik, die „ideologiefrei“ (Stiglitz, Peukert, Rochon/Rossi) (gemeint ist wertfrei) und durch einen „empirical turn“ (Naidu/Rodrik/Zucman) die Alleinherrschaft des Einheitsparadigmas überwinden möchte.

Den durch Wertfreiheitsdeklarationen verschleierte, tatsächlich ideologischen, also normativen, Geltungsanspruch der orthodoxen (neoklassischen, mit Abstrichen bereits der klassischen) Wirtschaftswissenschaften, das Marktprinzip als oberstes Prinzip praktischer (ethischer) Vernunft zu erweisen (Ökonomismus) und damit ihr Anliegen, eine ethische Rechtfertigung für die Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse zu liefern, da ja alles andere „irrational“ sei, kann eine solche Konzeption einer empiristisch verkürzten, uneigentlichen Heterodoxie nicht zurückweisen (obwohl sie es doch eigentlich will). Da sie ihre einzige Differenz zur Orthodoxie im Empirischen verortet, läuft sie bestenfalls auf das Marktversagensparadigma hinaus, dessen politische Implikationen unklar sind und das in innerlich konsequenter Auslegung auf die Fortsetzung des Ökonomisierungsprojektes hinausläuft. Auch verkennt die positivistisch verengte Heterodoxie, dass eine rein positiv verfahrenende Sozialwissenschaft eine Variante des Ökonomismus bzw. der Marktfundamentalismus bildet, sei es in Form einer verallgemeinerten Verfügungswissenschaft, für die Wissenschaft zum Geschäft wird, oder in Form des Kontraproduktivitätsparadigmas, welches die Aussichtslosigkeit, sich dem Marktgehorsam zu verweigern, durchzudeklinieren sucht. Um den Marktfundamentalismus zu überwinden, bedarf es eines „ethical turn“.

## *Abstract*

Though with a delay of almost one decade, the prevalence of the unitary paradigm of neoliberal-neoclassical economics, which just seemed to have been called into question after the great financial crisis of 2007, is challenged today more severe and from diverse sites. The number of heterodox voices and dissenters is rising. However, there is a mainstream of this heterodoxy, and this heterodox mainstream considers itself as the truly positive economics, operating, at long last, “free of ideology” (Stiglitz, Peukert, Rochon/Rossi), i.e., value free and “neutral”, striving to overcome the unitary paradigm and its ideology by an „empirical turn“ (Naidu/Rodrik/Zucman). The overall thrust of orthodox economics, obfuscated by declarations of its own value-freedom, is and has ever been to render the market principle as the true principle of practical (ethical) reason, i.e., of rightness as such, which is the meaning of economism. This is the pre-requisite of the orthodox desire to offer an ethical justification for the economization of the world and our lives in all respects. Any deviation is called “irrational”. A merely empirical oriented heterodoxy, if it is to be called heterodox economics at all, is not capable of refuting this normative validity claim, and, thus, overcoming orthodox economics – though the strong impression is that it wants just that. In spotting its sole difference to orthodoxy in empirical matters, positivist heterodoxy, at best, comes down to the paradigm of market failure, which is ambiguous in its political implications and which, when construed with the highest degree of inner consistency, results in continuing and even strengthening the project of economizing all life matters.

Also, a positivistically constricted heterodoxy fails to recognize that any purely positively oriented social science is in fact a variant of economism, be it in the form of a general instrumental science, transforming science into a business, or in the form of the paradigm of counter-productivity, demonstrating “empirically” that the refusal to market obedience is always in vain and detrimental to those who try. For overcoming economism and market fundamentalism, an ethical turn is needed.

## 1. Der Status von Normativität und ihre Abhängigkeit von kategorial differenten Erkenntnisinteressen

Innerhalb der Sozialwissenschaften (Ökonomie eingeschlossen) herrschen über weite Strecken Missverständnisse über den Status der Normativität bei der Thematisierung der sozialen Welt (zu der selbstverständlich auch „die Wirtschaft“ zählt). Dies lässt sich schlaglichtartig am vorherrschenden Verständnis von Wirtschaftsethik beleuchten. Diese wird, so man das Ansinnen einer ausdrücklichen Verbindung zwischen „Wirtschaft“ und „Ethik“ nicht von vorn herein zurückweist, routinenhaft als eine „angewandte Ethik“ begriffen.<sup>1</sup> „Ethik“ steht dabei nicht fürs Sollen überhaupt, nicht für die richtige, ethisch angemessene Deutung und Beurteilung der sozialen Welt bzw. der Wirtschaft, sondern für einen besonderen Satz von Normen, der der Tradition entstammt und für den heute „Ethiker“ zuständig sind. Ein so verstandene Schrumpfform von Wirtschaftsethik als „angewandter Ethik“ soll aufzeigen, wie und ob „dekontextualisiert“ (Habermas 1991, S. 24) in der allgemeinen Ethik begründete Normen oder auch irgendwie als „moralisch“ klassierte „Präferenzen“ „auf die Wirtschaft“ „angewandt“ werden können.<sup>2</sup> Wirtschaftsethik wird dann zu einer „Reflexion der Möglichkeiten und Grenzen normativer Regulierung von Handlungen der Wirtschaftsakteure“ (Heidbrink/Lorch/Rauen 2019, 125). Die logische Konsequenz einer solchen Ethik „unter den Bedingungen der modernen Wirtschaft“ (Homann/Blome-Drees 1992, S. 14) ist, dass die bestehenden Marktmachtverhältnisse in ihrer Dynamik kurzerhand (und stillschweigend) anerkannt (und damit pauschal legitimiert) werden, indem man sie zu einer quasi-natürlichen „Tatsache“ hypostasiert.

Und dann kann sich entweder herausstellen, dass die fraglichen Normen „unter den Bedingungen“ der Herrschaft des wettbewerblichen Marktes und des Homo oeconomicus „anwendbar“ bzw. „realisierbar“ sind oder dass sie es eben nicht sind. Im ersten Fall haben wir es mit dem „Business Case for Ethics“ zu tun, der praktisch die gesamte unternehmensethische Diskussion (und übrigens auch weite Teile der politischen Diskussion) bestimmt, jedenfalls bis vor kurzem.<sup>3</sup> Schaut her, rufen uns die Vertreter dieses Denkens zu, Moral ist auch in der Wirtschaft „möglich“, ja sogar notwendig, um wahrhaft (und nicht bloß kurzfristig bzw. kurzfristig) erfolgreich zu sein.<sup>4</sup> Im zweiten Fall zeigt sich die „Illusion“ (Karl Homann) einer spezifischen oder auch generellen Moralisation der Märkte. Diese „Entdeckung“ (Hayek) verweist allerdings letztlich nur auf die höhere Moralität bzw. auf die „Weisheit“ der Herrschaft des Marktprinzips. Dieses Denken findet seinen verbreitetsten Niederschlag in der Behauptung nicht nur

<sup>1</sup> Vgl. exemplarisch Abländer 2011; Abländer/Schumann 2011; Göbel 2006, 75; Holzmann 2015; Reichert 2013.

<sup>2</sup> Vgl. zur Kritik am Anwendungsverständnis von Ethik (auch im diskursethischen Verständnis) Ulrich 2016, 103ff.; Thielemann 2000, 2001.

<sup>3</sup> Die Kritik an der Win-Win-Ethik des Business Case, an der Behauptung also, dass es sich (zumeist mit dem Zusatz „langfristig“ versehen) auszahle, das ethisch Richtige bzw. Gebotene zu tun, nimmt in jüngerer Zeit zu. Vgl. zur zumeist empirisch (statt geltungslogisch) geführten Kritik Kuhn/Weibler 2011; Reyes/Scholz/Smith 2017; Shapira/Zingales 2017; Boda/Zsolnai 2016; Pennekamp 2019.

<sup>4</sup> Tatsächlich und innerlich konsequent wird hierbei allerdings Legitimität durch Rentabilität definiert bzw. marktkonform umdefiniert. Vgl. Thielemann 2008. Dieses geltungslogische Argument findet sich auch bei Abländer/Nutzinger 2010, 230.

der Wirkungslosigkeit, sondern gar der „Kontraproduktivität“ bloß „gut gemeinter“ Handlungsabsichten „unter den Bedingungen“ der Herrschaft des Marktprinzips.<sup>5</sup>

Diesem hypostasierenden, unkritischen Denken ist eine Wirtschaftsethik bzw. eine ethisch begründete ökonomische Theorie entgegenzuhalten, die die kritische Klärung der Marktinteraktionsverhältnisse unter ethisch gehaltvollen Gesichtspunkten selbst zum Gegenstand hat: In welcher besonderen, möglicherweise problematischen Weise setzen sich die wirtschaftenden Akteure, die Beteiligten und die Betroffenen des marktwirtschaftlich-wettbewerblichen Interaktionsnexus, ins Verhältnis oder werden, je nachdem, (von wem?) ins Verhältnis gesetzt? Marktverhältnisse sind Interaktionsverhältnisse.<sup>6</sup> Und Interaktionsverhältnisse, Verhältnisse zwischen „uns Menschen“, haben zuvörderst gerecht zu sein – und nicht etwa „effizient“. Weil die ökonomischen Wissenschaften, so die hier vertretene These, unausweichlich ein affirmatives oder kritisches Bild des Interaktionszusammenhangs Wirtschaft zeichnen,<sup>7</sup> und zwar gegenüber ihren im engeren oder weiteren Sinne politischen Adressaten, die zugleich ihren Gegenstandsbereich bilden (Performativität!), gilt: „Ökonomie ist Ethik“ (Brodbeck 2002a) – im Guten wie im Schlechten.<sup>8</sup> Welchen Begriff man für eine solche, ihre eigene unausweichliche Normativität kritisch reflektierende Wirtschaftswissenschaft wählt, ist zweitrangig. In Frage kommen (Integrative) Wirtschaftsethik, ethisch-kritische Ökonomik, Politische Ökonomie oder (Praktische) Sozialökonomie.

Um die paradigmatischen Gegenpositionen zu beleuchten und einzuordnen, ist die „klassische“, von Jürgen Habermas (1968) entwickelte Theorie dreier Typen grundlegender Erkenntnisinteressen und damit korrespondierender, kategorial unterschiedlicher Typen von Wissen bzw. von Erkenntnis nach wie vor instruktiv. Sie wird im Folgenden in leichter Abwandlung und ohne anthropologischen Anspruch in Stellung gebracht. Welchen Sinn hat ökonomische Forschung? Was ist der Typus ihres Geltungsanspruchs? Welche Art von Wissen schafft sie? Auf diese Fragen, die kaum je gestellt werden, kann die Theorie der Erkenntnisinteressen Antworten liefern und kategoriale Einordnungen beisteuern. Habermas weist den positiven (übrigens nicht zwingend nomologischen) Sozialwissenschaften<sup>9</sup> bekanntlich ein „technisches Erkenntnisinteresse“ zu. Sie begreifen ihren Gegenstand als Ensemble von Wirkungszusammenhängen, die „der Fall“ (Wittgenstein) sind und fragen nach der *Wahrheit* von Aussagen über diesen. Das „praktische“ ebenso wie das „emanzipatorische Erkenntnisinteresse“ begreifen ihren Gegenstandsbereich demgegenüber als einen Sinnzusammenhang bzw. als Lebenswelt und fragen nach der *Richtigkeit* der Deutungen dieses Handlungsbereichs bzw. letztlich nach der Richtigkeit bzw. Falschheit, Legitimität oder Illegitimität der vorfindlichen Handlungen. Im ersten Fall zielt die Forschung wesentlich auf Affirmation des Bestehenden, einschließlich der

<sup>5</sup> Vgl. ausführlicher Abschnitt 5.

<sup>6</sup> In diesem an sich trivialen Umstand liegt das Verständnis von Ökonomik als Sozialökonomik begründet. Vgl. beispielsweise Elsner 2015, S. 235.

<sup>7</sup> Ein dem eigenen Anspruch nach „neutrales“ Bild wäre ein affirmatives Bild, weil damit die Botschaft gegeben wird, dass ethisch alles in Ordnung sei. Vgl. Thielemann 2010, S. 67f.; ders. 2009, S. 98ff.

<sup>8</sup> Vgl. zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen dem Ansatz von Karl-Heinz Brodbeck und dem hier vertretenen, ethisch-integrierten Ansatz (Integrative Wirtschaftsethik) Thielemann 2019.

<sup>9</sup> Die Naturwissenschaften sind hier ausgeklammert.

bestehenden Veränderungsdynamiken, im zweiten Fall grundlegend auf dessen bzw. deren kritische Hinterfragung. Beide dem Sinn nach normative (statt „positive“) Forschungsausrichtungen schließen dabei nicht aus, dass der soziale Gegenstandsbereich zumindest teilweise von Wirkungszusammenhängen bestimmt ist, die nicht in Sinnzusammenhängen aufgehoben, mithin systemisch verfasst sind.<sup>10</sup>

### 1. Positive Ökonomik

Die neoklassische Standardökonomik versteht sich als eine „positive“ Wissenschaft, die die Wirtschaft als einen vorgegebenen Wirkungszusammenhang bzw. als Ensemble von „Tatsachen“ (d.h. Machtverhältnissen) begreift, die „wertfrei“ festzustellen seien bzw. deren Wirkungsbeziehungen „erklärt“ werden sollen. Klassische „neoklassische“ Repräsentanten dieser Sicht sind Lionel Robbins (1945) und Milton Friedman (1953). Den Anspruch, in ihren Aussagen *als Wissenschaftler* über jeden moralischen Zweifel erhaben und moralisch unangreifbar zu sein (Wertfreiheitsanspruch), finden wir etwa in den Lehrbüchern von Mankiw/Taylor (2008, 35ff) oder Samuelson und Nordhaus (2010, 28), auch beispielsweise in aktualitätsbezogenen Beiträgen zu Fragen der Einkommens- und Vermögensungleichheit (Fratzscher 2016, 71, 77ff.). Levitt/Dubner (2006, 11) formulieren dieses Selbstverständnis knapp und bündig so:

“Morality represents the way we would like the world to work, and economics represents how it actually does work.”

Allerdings setzt die Beschreibung des „Funktionierens“ eines Wirkungsgefüges, wie wir seit Max Weber wissen (1982, 180f.), spezifische erkenntnisleitende Gesichtspunkte voraus, die selbstverständlich normativ sind und hier offenbar den Sinn haben, das Bestehende (in seiner Dynamik) zu rechtfertigen. Damit wäre allerdings das „praktische“ Erkenntnisinteresse markiert.

Der praktische Sinn einer (tatsächlich) positiven Sozialwissenschaft, die bloß feststellt, was objektiv der Fall (und somit wahr) ist, ist die Generierung von „Verfügungswissen“ (Mittelstrass 1982, 19f.; Apel 1979, 29, 234) bzw. die Steigerung „der technischen Verfügung über vergegenständlichte Prozesse“ (Habermas 1968, 157). Denn ohne Kenntnis bestehender Wirkungsbeziehungen, ob in der natürlichen oder in der sozialen Welt, ohne Kenntnis der „Constraints“, lässt sich nicht erfolgreich in einen bestehenden Kausalnexus intervenieren. Weil Homo oeconomicus seine Präferenzen bereits kennt, fehlen ihm allein noch Informationen über die objektive bzw. objektivierte Welt, um zu wissen, welche Interessen sich und wie sich diese gegen Widerstände durchsetzen lassen, um den eigenen Nutzen zu maximieren. Homann/Suchanek (2005, 347) bringen den internen Zusammenhang zwischen der positiven Feststellung von Wirkungsbeziehungen und dem instrumentellen Verfügungswillen durch die Formel „Erklärung zwecks Gestaltung“ zum Ausdruck. Daher macht die etwa bei John Neville Keynes (1917, 12f., 22) oder zuvor bereits bei Walras (1896, 11ff.) anzutreffende kategoriale Trennung zwischen „der Wahrheit“ verpflichteter „positive science“ einerseits, andererseits von „art“ bzw. wie man damals im Deutschen sagte: „Kunstlehre“ (Max Weber, Eugen Schmalenbach), die

<sup>10</sup> Vgl. zu dieser, ebenfalls auf Jürgen Habermas zurückgehenden Unterscheidung Thielemann 2019, S. 364ff. und die dort angegebene Literatur.

„Rezepte“ generieren, also unter dem Gesichtspunkt der „Nützlichkeit“ Verfügungswissen liefern soll, grundlegend betrachtet keinen Sinn. Und so hält Walras (1896, 13) dann auch fest:

„It is the arts that make the truths that science has discovered useful, and that, without the arts would remain sterile. It is also almost always the principal motive of the work of science. Mankind rarely studies solely for the pleasure of having knowledge; he has, in general, a goal of usefulness for his work, and this goal can only be achieved by the arts.“

## 2. Marktaffirmative Ökonomik

Marktaffirmative Ökonomik ist stillschweigend oder erklärtermaßen normativ. Die stillschweigende Variante, die sich selbst als eine „positiv-wertfreie“ Theorie wähnt, lässt sich als eine „implizite Ethik“ (Brodbeck 2003) fassen. Die explizite Variante findet sich beispielsweise und dezidiert in der ausdrücklich unter dem Titel „Wirtschaftsethik“ vertretenen Theorie der Wirtschaft Karl Homanns (1989, 48), der seinen Ansatz als „Moralbegründung aus Interessen“ (genauer: *der* Interessenorientierung bzw. *der* Erfolgsmoral) begreift. Hier dürften sich auch die Vertreter der Österreichischen Schule, des Ordoliberalismus und des Public Choice einordnen lassen, insoweit sie sich die Normativität ihrer eigenen Aussagen eingestehen.<sup>11</sup>

Marktaffirmative Ökonomik bzw. der Ökonomismus zielt auf die Rechtfertigung der Herrschaft des Marktprinzips bzw. des Prinzips Wettbewerb in allen Lebenslagen und damit der fortschreitenden Ökonomisierung der Lebensverhältnisse.<sup>12</sup> Ein von Jürgen Habermas (1968, S. 158) als „praktisch“ charakterisiertes Erkenntnisinteresse an der „Erhaltung und Erweiterung“ eines „tradierten Selbstverständnisses“ liegt hier allerdings nur insofern vor, als sich ökonomistische Auffassungen bereits breitenwirksam festgesetzt haben, was in Zeiten der ubiquitären Vorherrschaft des Neoliberalismus nicht ganz abwegig ist. Es ist allerdings auch denkbar, dass sich eine marktaffirmative Ökonomik als eine kritische, jedenfalls nicht affirmative Wissenschaft etabliert – dann nämlich, wenn ökonomistische Auffassungen sich noch nicht im Alltagsverständnis oder im Denken der Adressaten der Theorie (faktisch der Eliten) hinreichend etabliert haben, so dass von dort mit Gegnerschaft zu rechnen ist. Dies war etwa für die in besonderen Maße marktaffirmativen Strömungen der Austrian Economics in den 1920er Jahren, als die Historische Schule innerhalb der Volkswirtschaftslehre noch den Mainstream bildete, der Fall (vgl. Ötsch 2019, 101ff.). Allerdings diente bereits damals diese Lehre marktmächtigen bzw. finanzkräftigen Interessen, also den „auf dem Markt Mächtigeren“ (ebd., S. 104f.), die Weber (1972, 439) „Marktmachtinteressenten“ nennt, weil sie ein Interesse daran haben, dass letztlich nur die Marktmacht (Finanzkraft und die Fähigkeit, diese zu erlangen) zählt. Da im (reinen) Markt nur die Macht zählt, nämlich die negative Macht, zuvor gewährte Vorteile bei sich bietender Gelegenheit wieder zu entziehen, d.h. eine „Entlassung“ auszusprechen bzw. die Exit-Option wählen, weil „auf Märkten die Regel ‚ein Dollar – eine Stimme‘

<sup>11</sup> Vgl. etwa Willgerodt 2009. Willgerodt (1924-2012) war Mitglied der Mont Pèlerin Society und der Friedrich-A.-von-Hayek-Gesellschaft.

<sup>12</sup> Darin, so scheint mir, erblickt auch Walter Ötsch (2019, 47, 86, 462) die Quintessenz des, wie er es nennt, „marktfundamentalistischen“ Programms, dem die Neoklassik (weit verstanden) die „theoretische Grundlage“ liefert.

gilt“ (Chang 2014, 393), dürfen die in besonderem Maße marktaffirmativ, ja markttextremistisch ausgerichteten Austrian Economics als affirmativ bzw. als konservativ, d.h. die bestehenden Machtstrukturen stützend, gelten.

Dieses zweite mögliche, von Habermas als „praktisch“, hier als affirmativ bezeichnete Erkenntnisinteresse einer Theorie der Wirtschaft ist auf die Generierung eo ipso normativen „Orientierungswissens“ (Mittelstrass) bzw. „Verständigungswissens“ (Apel 1973, 68, 73) ausgerichtet, allerdings in genaueklärerischer Absicht: Sie betätigt sich als Ideologielieferant. Von Ideologie ist dabei darum zu sprechen, weil die Verfechtung der Herrschaft des Marktprinzips erstens den „Marktmachtinteressenten“ dient und zweitens bereits vorentschieden ist. Abweichende, etwa relativierende Ansichten, die die eigene Position in Frage stellen könnten, werden von vorn herein nicht ernst genommen.

### 3. Marktkritische Ökonomik

Einer marktkritischen Ökonomik geht es um die kritische Reflexion des Postulats, dass das Marktprinzip unbegrenzt herrschen soll. Sie will klären, was mit der Entfaltung der Marktlogik ethisch auf dem Spiel steht. Der Typus ihres Wissens ist Orientierungswissen, genauer: „Reflexionswissen“ (Apel). Emanzipatorisch ist ihr Erkenntnisinteresse zum einen, insofern der Ökonomismus schwer zu durchschauen und damit die Prüfung seines Geltungsanspruchs höchst anspruchsvoll ist. Zum anderen, weil die Herrschaft des Marktprinzips auch Zwänge schafft.

## 2. *Heterodoxe Ökonomik als der wahre Positivismus?*

Wenn auch mit einer Verspätung von fast einer Dekade, so wird die Vorherrschaft des neoliberal-neoklassischen Einheitsparadigmas nach der 2007 einsetzenden Finanzkrise in jüngerer Zeit zunehmend in Frage gestellt. Jedenfalls nimmt die Anzahl heterodoxer Stimmen zu. Der Mainstream, wenn man so sagen kann, dieser Heterodoxie versteht sich allerdings als die wahrhaft positive Ökonomik. Der neoklassische Mainstream sei nämlich tatsächlich eine „Ideologie“, keine „Wissenschaft [science]“ (Stiglitz 2002). Auch Helge Peukert (2018a, 2018b) stellt seine kritische Durchsicht gängiger mikroökonomischer und makroökonomischer Lehrbücher unter die Leitfrage: „Wissenschaft oder Ideologie?“

„Ideologie“ wird dabei positivistisch verstanden als jede Art von normativer Beurteilung, einerlei ob affirmativ oder kritisch. Normative Urteile bzw. „Ideologien“ hätten die für das positivistische Programm abträgliche Eigenschaft, die Feststellung „der Tatsachen“ zu beeinträchtigen bzw. systematisch zu „verschleiern“ (Rochon/Rossi 2016, 25). Demgegenüber ist „Ideologie“ im ethisch-kritischen Verständnis eine Rechtfertigung bestehender Machtverhältnisse und Interessenlagen, ohne dass dieser Rechtfertigungsanspruch bei Licht besehen ethisch eingelöst werden könnte. Natürlich gibt es keinen „objektiven“ Begriff einer Ideologie. Im Unterschied zu ganz normalen (durchaus auch wissenschaftlichen) Auseinandersetzungen über die Beurteilung von Interaktionsverhältnissen und deren Gestaltung bei „Problemen“<sup>13</sup> kommt beim Anspruch der Charakterisierung einer Position als „ideologisch“ allerdings hinzu, dass die Richtigkeit der, wie von der ideologiekritischen Gegenseite behauptet, an sich falschen Position

<sup>13</sup> Wer von „Problemen“ spricht, bewegt sich innerhalb der Ethik. „Probleme“ *sollen* gelöst werden.

durch unlautere Kunstgriffe erschlichen wird – etwa durch Auslassung entgegenstehender Zusammenhänge,<sup>14</sup> Unterschlagung (vgl. Hedtke 2015, 24) oder verzerrte Darstellung von Gegenpositionen und damit die fehlende Bereitschaft zur Kontroverse und insbesondere durch die Verschleierung der eigenen Normativität durch die Deklaration der eigenen Position als einer „wertfreien“ Theorie und damit durch Immunisierung vor Kritik.

Auch Steve Keen (2011, 35, 158) sieht im neoklassischen Mainstream keine „Wissenschaft“, sondern eine „Religion“, die ein „mythisches“ Bild „der Realität“ zeichne. Wenn die Ökonomik zu einer „wahren Wissenschaft“ werden will, müsse sie sich an der „Exaktheit ihrer Prognosen“ messen lassen, also dem Ideal entsprechen, welches „zuerst von Milton Friedman“ gefordert worden sei. Wenn die Wirtschaftswissenschaften eine „rigorose Disziplin“ sein wollen, dürfen ihre Aussagen „nur noch auf überprüfbaren, empirischen Erkenntnissen basieren“ (Komlos 2015, 16). Die Wirtschaftswissenschaften, die sich „kritisch-pluralistisch“ verstehen sollten, sollten allein nach „Urteilen darüber, was wahr ist, streben“, also nach „Erklärungen“ darüber, „welche der widerstreitenden Theorien die beobachtbaren Tatsachen am besten erklären“ (Freeman 2009, 9f.). Arne Heise (2016) meint, das einzige Kriterium für den Ausschluss einer wirtschaftswissenschaftlichen Position als unwissenschaftlich sei der „angewandte positivistische Fallibilismus“, also die „empirische Falsifikation“ ihrer Aussagen, die demzufolge nur Hypothesen über Wirkungszusammenhänge sein können. Wer „ethische Reflexion“ fordere, fordere „Interdisziplinarität“, nicht „Pluralität“.<sup>15</sup> *Als Wissenschaften* haben die Wirtschaftswissenschaften Heise zufolge offenbar als wertfrei zu gelten; ihr Aussagen müssten „unabhängig von irgendeiner spezifischen ethischen Position oder von normativen Urteilen“ (Friedman 1953, 4) Gültigkeit haben. Auch sind sie von normativen Reflexionen freizuhalten. Diese hätten allenfalls in einer davon separierten, externen Disziplin Wirtschaftsethik ihren Platz, wobei allerdings unklar bliebe, in welchem Verhältnis diese zueinander stünden. Auch Helge Peukert (2018a, 52f.) schlägt „normative Ansätze“, die ggf. unter dem Titel „Wirtschaftsethik“ firmieren, den „Nachbarwissenschaften“ der Wirtschaftswissenschaften zu. Genau genommen sind sie Hilfswissenschaften, denn sie haben den Sinn, die Erklärungskraft der Ökonomik bei ihrer Suche nach „Kausalgesetzmäßigkeiten“ zu erhöhen.

Die „letztliche Motivation“ für die kritische Auseinandersetzung Helge Peukerts (2018a, 13) mit dem neoklassischen Mainstream ist erklärtermaßen ein „wirtschaftsethisches Anliegen“. Dies gilt möglicherweise für viele, wenn nicht für die meisten der heterodoxen Kritiker;<sup>16</sup> denn wenn die neoklassische Orthodoxie Ideologie ist (im nichtpositivistischen Sinne), dann lässt sich deren Geltungsanspruch ohne ethische Reflexionen schlechterdings nicht argumentativ entkräften. Doch wird im genauen Gegenteil Normativität (kritische oder affirmative) nicht der

<sup>14</sup> Dies ist das Moment der „Unwahrheit“ bei der Albertschen Definition von Ideologie als „Brauchbarkeit“ für die Festigung bestehender Machtverhältnisse. Vgl. Albert 1972, 125f.

<sup>15</sup> Zum Kreis der möglichen Paradigmen, die im Zuge der pluralistischen Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften, für die Heise plädiert, in den Reigen zu diskutierender und gegeneinander anzutretender Ansätze aufzunehmen wären, zählen ethisch-kritische, ausdrücklich sich nicht als „wertfrei“ deklarierende Ansätze, etwa im Sinne einer Politischen Ökonomie oder einer Praktischen Sozialökonomie, gemäß Heise offenbar *a priori* nicht.

<sup>16</sup> Auch Heise/Sander/Thieme (2017, 77) bescheinigen „fast allen heterodoxen Theorieschulen“ eine, wie sie es nennen, „marktkritische Heuristik“ – als sei dies eine zufällige Koinzidenz. („Fast“, weil auch die Austriacs und die Ordoliberalen als heterodox gelten.)



Theorie selbst, sondern den „präanalytischen“ bzw. „vorwissenschaftlichen Annahmen über den Gegenstandsbereich“ zugeschlagen (S. 17, 63). Normativität sei der Sache nach „theorieextern“ (S. 48f.). Die neoklassisch geprägten Lehrbücher seien entgegen ihrem „wissenschaftlichen“ Anspruch, sich auf „sachliche Darlegungen“ zu beschränken, in „nicht erwarteter“ Weise (S. 315) „ideologisch eingefärbt“ (S. 324). Und zwar seien sie von „marktapologetischen“ (S. 112) bzw. „marktaffinen Standpunkten“ (S. 8) durchzogen und damit mit normativen Urteilen behaftet, die „jenseits des Wissenschaftlichen und der Neoklassik“ (S. 315) anzusiedeln seien. Es fänden sich vielfach „neoliberal-konservative Folgerungen, die weit über mikroökonomische Fragestellungen [offenbar: der Erklärung von Preis- und Mengenbewegungen, A.d.V.] hinausgehen“ (S. 324). Es handele sich dabei um „Privatmeinungen“, die der Leserschaft in „unsachlicher“ (da Wissenschaftlichkeit bloß präntendierender) Weise „untergejubelt“ würden (S. 171).

Gegenüber der Auffassung, bei der Marktapologetik bzw. beim „Marktfundamentalismus“ (Walter Ötsch) der Neoklassik – und übrigens auch bereits, wenn auch mit Abstrichen, der Klassik<sup>17</sup> – handele es sich um einen „theorieexternen“ Unfall, im Kern allerdings um eine „positive“, „von normativen Urteilen unabhängige“ (Friedman) Theorie, wird hier die These vertreten, dass *der Geltungsanspruch* der orthodoxen (neoklassischen, mit Abstrichen bereits der klassischen) Wirtschaftswissenschaften *selbst*, also das, was Albert ihren „Aussagenzusammenhang“ nennt, faktisch normativ ist und immer schon war: Das Marktprinzip soll herrschen.<sup>18</sup> Kontrovers ist nur, worin genau das Marktprinzip besteht. So sieht die allgemeine Gleichgewichtstheorie (Lehrbuchökonomik) in einem „markträumenden“ „stabilen“ Gleichgewicht die zentrale Eigenschaft des Marktregimes und erblickt im modellhaft-formalistischen Nachweis seiner Existenz unter den hypothetischen Bedingungen dieser Herrschaft den „Nachweis einer Optimalität einer Marktwirtschaft“ (Elsner 2015, 237) bzw. wähnt darin die Voraussetzung „für den Glauben an ‚den Markt‘“ (Ötsch 2019, 397), d.h. für die Rechtfertigungsfähigkeit der Herrschaft des Marktprinzips.<sup>19</sup> Für die eher in der Mengerschen statt in der Walrasianischen Tradition der Neoklassik stehende österreichische Schule der Nationalökonomie ist nicht die Existenz von Gleichgewichten, sondern die „unternehmerische Entdeckung“ (bzw.

<sup>17</sup> Vgl. zum „klassischen Dogma“, dessen normativer Kern in der Neoklassik fortgeführt und gesteigert wurde, Brodbeck 1996, 6ff., 325. Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen Klassik und Neoklassik dürfte darin zu erblicken sein, dass jene nach einem externen und insofern kritischen Beurteilungskriterium für uns (die Adressaten der Theorie) für empirisch vorfindliche Märkte strebte (insbesondere mit Blick auf die Frage, ob die Einkommen der Marktteilnehmer Wertschöpfung oder Abschöpfung repräsentieren), diese hingegen die Marktförmigkeit von Interaktionsverhältnissen selbst als Beurteilungskriterium für uns etablieren will (so dass beispielsweise das, was einen Preis erzielt, für uns als „wertschaffend“ gelten soll). Vgl. zu dieser Umkehrung des Blicks Mazzucato 2018, 7, 65f., 140f.

<sup>18</sup> Wolfram Elsner (2015, 233) erblickt in der „Orthodoxie“ des „dominierenden (neoklassischen) Mainstreams ... die Ideologieproduzentin der kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft schlechthin“.

<sup>19</sup> Vgl. zum technischen – und krachenden – Scheitern dieses Versuchs der mathematischen Gleichgewichtstheorie nach ihren eigenen Maßstäben Ötsch 2019, insbesondere S. 369ff. und die dort angegebene, umfangreiche Literatur; knapp und bündig überdies Elsner 2015, 236f. Zu erklären sein dürfte das Beharrungsvermögens dieses Versuchs der Rechtfertigung der Herrschaft des Marktprinzips mit dem Prestige, welches die mathematische Form, mit der diese Theorie sich verlauten lässt, genießt, denn diese signalisiert „Wissenschaftlichkeit“ (vgl. Ötsch 2019, 172).

Erzeugung) von Ungleichgewichten eine zentrale Eigenschaft der darum dynamischen Entfaltung der Marktlogik, die bei der „Verteidigung des Marktes“ (Huerta de Soto 2006, 46), – als dem „einfachen und einsichtigen System der natürlichen Freiheit“ (A. Smith), das überdies „das Gesamtprodukt“ (Hayek 1996, 191) maximiert<sup>20</sup> – in Anschlag gebracht wird.<sup>21</sup> In beiden Fällen haben wir es also mit einem „praktischen Erkenntnisinteresse“ (im obigen Sinne), mithin mit einem normativen Geltungsanspruch zu tun. Dass es sich um ein normatives Erkenntnisinteresse handelt, hat systematische bzw. „logische“ (Myrdal 1965, 43) Gründe, die sich sinnkritisch erschließen lassen.

Ökonomen, wie andere Sozialwissenschaftler auch, wollen etwas zeigen. Sie wollen ihren Gegenstandsbereich beurteilen, die vorfindlichen Handlungslogiken affirmieren oder auch kritisch beleuchten. Kurzum, sie wollen Orientierungswissen generieren. Dies sieht auch Robert Heilbroner (1973, 139) so:

„I would venture the statement that every social scientist approaches his task with a wish, conscious or unconscious, to demonstrate the workability or unworkability [Richtigkeit oder Falschheit, A.d.V.] of the social order he is investigating.“

Schon von ihrer Intention her ist ökonomische Theorie faktisch normativ ausgerichtet und nicht etwa „wertfrei“.

„Das Normative steckt immer schon im vorgefundenen ökonomischen Denken und Handeln.“  
(Ulrich 2004, 134)

Dies allerdings kümmert die Positivisten nicht. Dass es aus genannten Gründen keine „interessenlose Sozialwissenschaft“ geben könne (Myrdal 1965, 43f.), wird eingestanden, die „Wertprämissen“ (Myrdal) aber dem „Basisbereich“ (Albert 1980, 63ff.) zugeschlagen; es handele sich eben um „Wertprämissen“ für die positiv-wertfreie „Erklärung“ faktisch vorfindlicher Wirkungszusammenhänge, wobei es allein darum ginge, den Einfluss jener „Verzerrungen“ auf diese zu minimieren.<sup>22</sup>

Der erste Einwand gegen die positivistische Illusion einer wertfreien, ethisch neutralen Theorie, einerlei ob diese sich als orthodox oder als heterodox begreift, bezieht sich also auf die

<sup>20</sup> Diese utilitaristische Gesamtnutzenmaximierung ist dabei nach Hayek kein gesellschaftlicher Zielwert, sondern ergibt sich aus der gewünschten Herrschaft des Wettbewerbs. Vgl. Thielemann 2010, 296ff.

<sup>21</sup> Vgl. Huerta de Soto 2006, 19ff.; Kirzner 1978.

<sup>22</sup> In diesem Sinne scheint Peukert (2018a, 17) die Myrdal-Passage zu interpretieren, so dass die Normativität nach wie vor außerhalb der eigentlichen Theorie verortet werden kann, deren Gültigkeit an und für sich von jenen normativen „Wertprämissen“ unabhängig bleiben kann und soll. Ob diese Interpretation die tatsächlich hier und dort ambivalente Position Myrdals trifft, ist allerdings fraglich, insbesondere mit Blick auf seine These der „Wertgeladenheit“ bereits der Begriffe, mit denen wir den Gegenstand *als etwas*, als dieses, nicht jenes, überhaupt erst zu Bewusstsein bringen. Vgl. dazu ausführlich Thielemann 2010, 104-130. Die positivistische Externalisierung der Begriffsfrage zeigt sich nicht nur daran, dass man zwischen „Deskription“ und „Präskription“, „Beschreibung“ und „Wertung“ routinemäßig einen Gegensatz meint vermuten zu können (kritisch Söderbaum 2019, 183), sondern auch daran, dass man sie zu einer Frage des „Framing“ herabstuft (vgl. Peukert 2018a, 316 und die dort angegebene Literatur), so dass der mit der Theorie transportierte Sinn (oder Unsinn) zu einer Frage lediglich der „Rahmung“ der eigentlichen, mithin im Kern wertfreien Theorie wird.

bloß scheinpositivistische Verfasstheit einer uneingestanden normativen Theorie, sei es der Rechtfertigung oder der Zurückweisung vorherrschender Zustände oder Sichtweisen. Der zweite Einwand gegenüber der positivistischen Heterodoxie (oder auch einer positivistischen Orthodoxie, wobei zu fragen wäre, worin der systematische Unterschied zwischen beiden bestünde) ist zwar weniger bedeutsam, systematisch jedoch gravierender. Weniger bedeutsam ist er, weil der Fall, dass eine Theorie über das Wirtschaften (auf Märkten) entwickelt wird, mit der subjektiv kein normativer Geltungsanspruch erhoben wird, zwar hypothetisch denkbar ist, aber kaum je verfolgt werden dürfte. Man müsste sich ja fragen, was eine Forscherin motivieren sollte, was ihr spezifisches Erkenntnisinteresse wäre. Die eine Möglichkeit wäre eine moralische Verpflichtung, den Adressaten der Theorie „die Wahrheit“ über die Wirtschaft als einem sozusagen nackten Wirtschaftszusammenhang nahezubringen, wobei sich auch hier die Frage stellt: Welche Wirkungszusammenhänge und welche Aspekte an ihnen sind denn und für wen „relevant“ bzw. interessant? Etwas wahrscheinlicher ist die zweite Motivation einer rein positiven Theorie, deren Sinn ja, wie wir gesehen haben, ein technischer sein muss: Die Theorie würde zu einem wechselseitig vorteilhaften Geschäft, die Adressaten zu den Kunden der Theorie, denen brauchbares Verfügungswissen zur Verfügung gestellt wird. Was „relevant“ ist, erweist sich dann an der Zahlungsfähigkeit. Ich habe diese Sicht an anderer Stelle als eine Beratertheorie bezeichnet (Thielemann 2010, 83ff., 101, 105f.). Systematisch gravierender ist der zweite Einwand, weil auch eine tatsächlich rein positive Ökonomik nicht als wertfrei gelten könnte, wie zu zeigen sein wird (vgl. Abschnitt 5).

Im Folgenden soll zunächst die faktische Normativität des neoliberalen Mainstreams knapp skizziert werden, und zwar nicht auf der Folie einer rein positiven (oder sich als solche wählenden) Theorie (positivistische Ideologiekritik), sondern mit einer ideologiekritischen Stoßrichtung, die die falschen normativen Geltungsansprüche (Rechtfertigungen) normativ zurückweist (3). Sodann soll die eigenartige Zwitterstellung des (dominanten) positivistischen Strangs der Heterodoxie, der die normativen Beurteilungsmaßstäbe des Mainstreams ganz selbstverständlich übernimmt, aber allein ihre empirische Geltung in Frage stellt, herausgearbeitet werden: das Marktversagensparadigma (4). Die problematische Normativität positivistischer Ökonomik im reinen Sinne erweist sich im Kontraproduktivitätsparadigma (5).

### *3. Neoklassische Ökonomik als Marktideologie*

Der Konstanzer Ökonom Friedrich Breyer (2008, 129) charakterisiert „die Ökonomen“ (womit offenbar alle, jedenfalls alle deutschsprachigen Lehrstuhlinhaber gemeint sein dürften) pauschal als „die konsequentesten Fürsprecher des Marktes“. (Die Vertreter des Marktversagensparadigmas dürften widersprechen, sie haben in Deutschland allerdings kaum Lehrstühle inne. Und in gewisser Weise sind auch sie „Fürsprecher des Marktes“. – Und selbstverständlich müssen diejenigen, die dies anders sehen, nicht für eine „sozialistische Planwirtschaft“ (Breyer 2008, 130) plädieren, wie dies das binäre Denken vieler Marktapologeten insinuiert,<sup>23</sup> sondern

<sup>23</sup> Vgl. zu zahlreichen Belegen für dieses Denken aus dem Kreise von Ökonomen, welches uns nur die Wahl „zwischen Kapitalismus und dem Gulag“ lässt (Bregman 2019), Ötsch (2019, 29ff., 65, 160f.).

naheliegender Weise für eine Soziale Marktwirtschaft, die den Namen verdient, also für Marktinteraktionsverhältnisse, innerhalb derer die Marktlogik sozial und ökologisch gezähmt abläuft und die darum als „eingebettet“ (Karl Polanyi) gelten darf. Vgl. Thielemann 2020.)

Dass die Marktgläubigkeit auch gut 10 Jahre nach der Finanzkrise bei den die Politik beratenden und die öffentliche Meinungsbildung in Wirtschaftsfragen prägenden Experten gänzlich ungetrübt ihre Stellung behauptet, zeigten vier der fünf „Sachverständigen“, in dem sie (gegen die kritisierten Fünften im Bunde, Peter Bofinger) gänzlich unbekümmert ihre bzw. aller seriöser „Ökonomen Liebe zum Markt“ bekundeten (Feld/u.a. 2017). (Die Alternative wäre natürlich nicht Hass, sondern ein distanzierter, unvoreingenommener Blick.) Hier wird die These vertreten, dass das „Vertrauen in die Marktprozesse“ (Sachverständigenrat 2014) – offenbar darin, dass diese alles zum Guten wenden – nicht bloß ein in die Theorie „eingeschleuster weltanschaulicher Aspekt“ (Peukert 2018a, 21) ist. Vielmehr bildet es die Stoßrichtung des gesamten neoklassischen Programms (Austrians und Verhaltensökonomik eingeschlossen) und markiert seinen Geltungsanspruch und seine Botschaft an sein Publikum. Dies zeigt sich etwa im Bekenntnis von Lawrence Summers (von 1991), Professor für Volkswirtschaftslehre in Harvard, Chefökonom der Weltbank, Finanzminister unter Bill Clinton, einem der Architekten der Deregulierung des Finanzsektors:

„The single most important thing to learn from an economics course today ... is the view that the invisible hand is more powerful [in advancing what is good, A.d.V.] than the [un-]hidden hand... That's the consensus among economists.“ (zit. nach Chen/Hanson 2004, 12)

Und selbst Dani Rodrik (2015, 186), Kritiker der „Hyperglobalisierung“, hält das „Unsichtbare-Hand-Theorem“ (welches auf die Legitimation unbedingten Erfolgsstrebens hinausläuft) für die „bedeutendste Leistung der Wirtschaftswissenschaften“. Diese Position, diese besondere (markt-affirmative) Wirtschaftsethik wird ja dann auch von Ökonomen mit „der wirtschaftlichen Sicht“ markiert, die neben andere, unausweichlich ebenfalls normative Sichtweisen gestellt wird<sup>24</sup> – und natürlich mit dem Anspruch normativer „Überlegenheit“ vertreten wird. Mit der Autorität der Wissenschaft, die auf „über Jahrhunderten akkumuliertem Fachwissen“ basiert (kritisch Ötsch 2019, 159), werden dann wirtschaftsethische Botschaften wie die folgenden verkündet (Mankiw/Taylor 2008, 6, 10f., 12, 175f., Hvh.d.V.):

- „*Rational* entscheidende Leute“ agieren als Nutzen- bzw. Gewinnmaximierer.
- Offene Märkte laufen darauf hinaus, dass „es jedem *besser* gehen kann“ (wieso „kann“?).
- „Märkte“ sind, wenn auch nur „für gewöhnlich“ (d.h. abgesehen von Fällen des Marktversagens) „*gut*“ für die „Organisation des Wirtschaftslebens“, weshalb die Politik „die Marktergebnisse unverändert lassen kann“ bzw. soll.
- Märkte entfalten einen „*Zauber*“.

Warum ist dieses normative Programm der Inthronisierung des Marktprinzips bzw. seiner Erhöhung zum Moralprinzip (praktisch-politisch via Mont Pèlerin Society, vgl. Walpen 2004, Ötsch 2019, 144ff.) eine Ideologie bzw. die „vielleicht wirkungsmächtigste Großideologie aller

<sup>24</sup> Für Schmidbauer (1974, 57) ist es „unbestritten, dass Beurteilungen vom sogenannten ‘ökonomischen Standpunkt’ aus nicht wertfrei sind“.

Zeiten“ (Ulrich 2016, 17) – abgesehen von der es vielfach begleitenden Immunisierungsstrategie der Reklamation seiner eigenen „Wertfreiheit“?<sup>25</sup> Warum ist es eine falsche Ethik? Hierzu im Folgenden einige knappe, systematische Bemerkungen.

### 3.1 Die Verteidigung des *Homo oeconomicus* verletzt das Moralprinzip

In der Ethik in kantischer Tradition geht es nicht bloß um einen Satz bestimmter Normen, sondern um die Klärung und Begründung eines Prinzips *praktischer Vernunft*, d.h. richtigen (gerechten, legitimen, verantwortbaren) Handelns.<sup>26</sup> Praxis verweist auf menschliches Handeln überhaupt. Ethik und praktische Philosophie sind Synonyme.

Die ökonomische Theorietradition bestimmt praktische Vernunft als instrumentelle Vernunft bzw. als Erfolgsrationalität und nennt dies schlicht „Rationalität“ – und nicht etwa „Gier“ oder, mit Blick auf Gewinnmaximierung, „Geldgier“, wiewohl dies treffender wäre (Brodbeck 2002b, 59). „Die Annahme des nutzenmaximierenden Verhaltens“ gehört zum „Kern des ökonomischen Ansatzes“ (Becker 1982, 4). Ja, ihre Rechtfertigung als Inbegriff von „Rationalität“ bzw. praktischer Vernunft, also richtigem Handeln, bildet ihr Identitätsprinzip.<sup>27</sup>

Versteckt ist dieses Prinzip in der Annahme bzw. der Behauptung „universeller Knappheit“. Knappheit ist allerdings nicht etwa, wie der Laie glauben könnte, eine Tatsache, die den „knappen“ Dingen anhaftet, sondern eine Bewertung von Tatsachen. Ohne den Willen zur Nutzensteigerung ist überhaupt nichts „knapp“, und die Universalität der Knappheit ist nur die Rückseite der Unbedingtheit und Unbegrenztheit individuellen Vorteilsstrebens (vgl. Thielemann 1996, 109, 117ff.).

In einer älteren Variante der Rechtfertigung unbedingten Erfolgsstrebens („Nutzenmaximierung“) als Prinzip der praktischen Vernunft, der Humankapitaltheorie, dient *Homo oeconomicus* als Interpretationsfolie. Gary S. Becker Theorie ist der minutiös betriebene Versuch der Umdeutung aller Lebensbezüge als Ausdruck von Nutzenmaximierung und des Lebens als Abfolge von Investitions- und Desinvestitionsentscheidungen ins eigene „Humankapital“ (vgl. Bröckling 2007, 86ff.). Die Botschaft ans Publikum lautet: wenn alle so handeln, dann muss es damit ja seine Richtigkeit haben. In der neueren Variante, der Verhaltensökonomik, rückt *Homo oeconomicus* weg vom Gegenstand der Theorie (der „Empirie“) hin zum Adressaten. Damit kommt die Rationalitätstheorie zu sich selbst, denn es macht wenig Sinn, Erfolgsrationalität und Nutzenmaximierung in den Stand praktischer Vernunft zu heben, wenn alle bereits vollständig „rational“ aufgestellt sind, womit dieses Ansinnen ja überflüssig würde.

<sup>25</sup> Marcel Fratscher (2016, 13) bringt das Kunststück fertig, auf einer Buchseite „die ökonomische Perspektive“ zunächst als eine wertfreie darzustellen, aus der allein „Ursachen und Auswirkungen“ (auf was auch immer) untersucht würden, um sie sodann mit dem normativen Maßstab gleichzusetzen, alle Sozialverhältnisse als „wünschenswert“ zu beurteilen, die die „freie Entscheidungen der Menschen reflektieren“. Dass der Widerspruch dem Autor selbst nicht auffällt, dürfte vor allem Ausdruck der seit Dekaden verfestigten, monoparadigmatisch betriebenen tertiären Sozialisierung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften sein.

<sup>26</sup> Natürlich einschließlich des *politischen*, auf die Veränderung von Institutionen und Regeln abstellenden Handelns, was auf die politische Ethik als dem institutionenethischen Strang der allgemeinen Ethik verweist.

<sup>27</sup> Auch Cheng (2016, 5) identifiziert im „Rationalprinzip“, verstanden als „Mittel-Zweck Rationalität“ (d.h. instrumenteller Vernunft), den Kern der „ökonomischen Denkungsart“.

„If people were as rational as economists assume, students need not be taught economics.“  
(McKenzie 2010, xiv)

Insofern zählte Beckers Programm, welches sich auch in den Lehrbüchern findet, zur Erbauungsliteratur, welche die Erziehungsleistung, die der wettbewerbliche Markt ohnehin vollzieht (vgl. Abschnitt 3.3), vorwegnimmt, unterstützt, initiiert. Darin besteht seine Performativität.

Die eigentliche Stoßrichtung der Verhaltensökonomik, die angetreten ist, die bislang als empirische Theorie vertretene Rationalitätstheorie zu überwinden, indem sie sie empirisch zurückweist, besteht darin, „unausgeschöpfte Verbesserungspotentiale in Unternehmen, Märkten und Organisationen zu identifizieren“, die „auf dem empirischen Wissen über die menschliche Tendenz zu fehlerhaften Entscheidungen“ beruhen.<sup>28</sup> Dass einige nicht „rational“ agieren, wird nun zum Ausgangspunkt für nützliche Hinweise an die Adressaten der Theorie *als Homines oeconomici* bzw. Kunden, und zwar zur Verhaltenssteuerung derjenigen, die weniger clever als sie agieren können oder wollen, z.B. durch sog. Nudging oder durch geschicktes Framing.<sup>29</sup> Darum nennt sich dieser Ansatz ja auch *Verhaltensökonomik* und steht nicht, wie häufig angenommen wird, für einen Bruch mit der vorherrschenden Neoklassik oder gar einen Paradigmenwechsel, sondern für deren Kontinuität (vgl. auch Mirowski 2015, 238).

Die normative Verbindlichkeit von „Rationalität“ als Erfolgsweltanschauung wird dadurch nämlich gar nicht in Frage gestellt, sondern diskussionslos vorausgesetzt. Es ist stets erlaubt und richtig, seine eigenen Interessen zu folgen und seinen Nutzen zu steigern, ansonsten gilt das eigene Handeln als „fehlerhaft“. Auf die performative Kraft dieser Rationalitätstheorie weisen etwa Ferraro/Pfeffer/Sutton (2005, 14) hin:

„People may believe they ought to behave in a self-interested way or risk appearing foolish, gullible, or naïve.“

Dass die Erhebung von Erfolgsweltanschauung zum Prinzip praktischer Vernunft den kategorischen Imperativ, insbesondere das Verdinglichungsverbot, verletzt, wurde an anderer Stelle gezeigt (Thielemann 2010, 64ff.). Denn *Homo oeconomicus* ist definitionsgemäß nur an den Wirkungseigenschaften seiner Interaktionspartner interessiert, ihrer Zahlungs- und Leistungsfähigkeit, nicht an der Begründbarkeit seines Handelns ihnen gegenüber. Er agiert „without regard for the reasons people have“ (Anderson 1990, 183). Nicht nur material, in situ, ist diese Haltung nicht rechtfertigungsfähig, sondern auch theoretisch. Die Rechtfertigung des *Homo oeconomicus* als die für uns universell verbindliche, richtige Handlungslogik, die dann auch für das Subjekt der

<sup>28</sup> So die Selbstbeschreibung des Beratungsunternehmens FehrAdvice & Partners aus dem Jahr 2012. Vgl. Thielemann 2012a.

<sup>29</sup> Dies sieht auch der Jurist Rolf Stürner (2007, 420) so: Die Verhaltensökonomik macht bestimmte, als „irrational“ klassifizierte „Parameter menschlicher Befindlichkeit ... einer Theorie ökonomischen Entscheidungsverhaltens dienstbar, um sie auf diese Weise wieder Effizienzerwägungen im Sinne einer verbesserten ‘rational choice‘ unterzuordnen“.

Theorie selbst gelten müsste,<sup>30</sup> unterliegt einem performativen Widerspruch: Sie setzt performativ eine andere Rationalität als die Erfolgstrationalität als letztlich maßgeblich voraus: die Diskursrationalität (Thielemann 2001, 172f.).

### *3.2 Die Unterschlagung der Verlierer im Prozess der „zerstörerischen Schöpfung“*

Spätestens seit Joseph Alois Schumpeters „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ (Erstauflage in Englisch 1942) wissen wir, dass der Markt als ein, nämlich durch den Wettbewerb, „dynamischer“, also Veränderungen erzeugender Prozess ein solcher der „schöpferischen Zerstörung“ ist (Schumpeter 1993, 134ff.). Dabei sind „Schöpfung“ und „Zerstörung“ einfach zwei Seiten der gleichen Medaille, so dass sich auch von „zerstörerischer Schöpfung“ sprechen ließe (Altvater 2006).<sup>31</sup> Kurzum, der Wettbewerb schafft Gewinner und Verlierer. „No pain, no gain.“ (Rodrik 2011, 90) Es ist nicht möglich, das eigene Einkommen zu steigern (regelmäßig durch vorteilhaftere Angebote an andere, das ist die „Schöpferische“, die „Win-Win“-Seite), ohne dasjenige eines andere zu verringern. Die zusätzliche Nachfrage muss von irgendwo abgezogen worden sein.

„Jeder neue Artikel schafft sich seinen Absatz ganz oder zum großen Teil zunächst durch das Abziehen des Publikums vom Verbrauch anderer Artikel.“ (Mises 1940, 263)<sup>32</sup>

Auf diesem Druck – dem Druck der Verlierer, „produktiver“ zu wirtschaften und letztlich: mehr zu produzieren – beruht das Wirtschaftswachstum und in historischer Perspektive das allgemeine Wohlstandsniveau, welches wir erreicht haben (vgl. affirmativ McKenzie 1988, 9f.; kritisch Thielemann 2010, 357ff.). Es gibt kein Wachstum ohne Schmerzen (Thielemann 2013).

In der Standardökonomik, ebenso in der breiteren politischen Diskussion, werden die Wettbewerbsverlierer jedoch verkannt oder, zum Teil systematisch, unterschlagen. Sie kommen bestenfalls erst beim internationalen Wettbewerb ins Spiel (vgl. exemplarisch Peukert 2018b, 61, 84, 89). Und dann auch nicht als zentrale Botschaft, sondern als Abweichung vom Grundsatz, dass der „freie Handel“ allen nützt, wobei diese Abweichung erst jenseits der Grundlagenliteratur thematisiert wird (vgl. Rodrik 2011, 95ff.). Und selbst dann sind „Verlierer“ vielfach bloß die, die weniger dazugewinnen als andere, da die „Gesamtsumme“ ja gestiegen sein müsse, „die Vorteile der Globalisierung“ aber „sehr ungleich verteilt“ seien (Stiglitz/Walsh 2010, 498), worin dann das eigentliche Gerechtigkeitsproblem erblickt wird (vgl. dies voraussetzend Sen 1987, 34f.)

<sup>30</sup> So tatsächlich explizit Kirchgässner (1996, 35): „Wissenschaftler“ seien, „wie alle übrigen Menschen“, „rational eigeninteressiert handelnde Individuen“. „Der Autor dieses Beitrags“ mache dabei „keine Ausnahme“.

<sup>31</sup> Wie der Wettbewerb sein „zerstörerisches“ Werk vollbringt, zeigt Altvater allerdings nicht auf. Vgl. zum Ganzen Thielemann 2010, 160ff., 329ff.

<sup>32</sup> Mit dem Hinweis „zum großen Teil“ stellt Mises offenbar auf die logisch verbleibende Möglichkeit der Enthörung ab.

Die „segensreiche“ Wirkung des Wettbewerbsregimes bzw. der ihm supponierten „unsichtbaren Hand“ wird ja dann auch mit dem Ersten Theorem der Wohlfahrtsökonomie zu begründen versucht (vgl. Mas-Colell/Whinston/Green 1995, 549):

„Eine Gleichgewichtsallokation, die durch Konkurrenzmärkte erzielt wurde, wird notwendigerweise Pareto-effizient sein.“ (Varian 2007 S. 686)

Dies sei doch eigentlich „beruhigend zu wissen“, denn offenbar verliere niemand im Wettbewerb, aber es gewinnt mindestens einer. Die Existenz von Pareto-Ineffizienz wäre im Übrigen auch „unlogisch“ (S. 685), denn dann „müsste es einen [„freiwilligen“, aber unterlassenen, A.d.V.] Tausch geben, der zwei Leute besser stellt“, und zwar „ohne Benachteiligung eines anderen“, behauptet Varian (2007, 18). Dieser Tausch muss Varian zufolge eigentlich bereits vorher stattgefunden haben, denn wir leben ja in einer „rationalen“ Welt. Für einen winzigen Moment argumentiert Varian sodann jedoch implizit wie ein österreichischer Ökonom und setzt nicht nur die Existenz von ultimativ cleveren *Homines oeconomici* „logisch“ voraus, die alles ausgenutzt haben, was sich zu ihrem Vorteil ausnutzen lässt, sondern nimmt, sozusagen „unlogischer“ Weise, auch die Existenz weniger cleverer Marktteilnehmer an. Somit ergibt sich für jene die Möglichkeit, bislang ungenutzte Vorteile auszuschöpfen bzw., in den Worten Hayeks, zu „entdecken“. Erst so kann der Fall eintreten, dass die faktische Angebotsmenge „unterhalb der Wettbewerbsmenge“ liegt. Und wenn dies der Fall ist, so Varian weiter, dann müsse es jemanden geben (nämlich einem dieser besonders cleveren, „unternehmerisch“ handelnden „Entdecker“), „der bereit ist, eine zusätzliche Einheit des Gutes zu einem Preis anzubieten, der niedriger ist als der Preis, den jemand (anderer) bereit ist, für diese zusätzliche Einheit zu zahlen“. Dieser potentielle Käufer wird sich diese Gelegenheit, das fragliche Gut zu einem Preis zu erwerben, der ihm zusagt, nicht entgehen lassen und sofort zuschlagen. Damit gebe es „zumindest zwei Leute, die besser gestellt werden“ (Varian 2007, 362).

Aber womit zahlt dieser Käufer diese „zusätzliche Einheit“? Die Antwort, die von Mises gibt, ist: er muss die benötigte Kaufkraft aus anderen Verwendungen abgezogen haben. Und die Verkäufer, bei denen er nun nicht mehr kauft, werden durchaus schlechter gestellt. Sie sind die weniger wettbewerbsfähigen Konkurrenten des Anbieters dieser „zusätzlichen Einheit“. Das Win-Win der einen geht notwendig einher mit dem Lose mindestens eines anderen. (Natürlich spielt sich der Wettbewerb basal betrachtet nicht zwischen „Unternehmen“ ab – wer ist das? – sondern letztlich zwischen Beschäftigten bzw. Wirtschaftenden.)

Wie kann es sein, dass diese Zusammenhänge in der ökonomischen Theorie weitgehend unthematisiert bleiben oder (siehe die angeblich unumstößlich geltenden Wohlfahrtstheoreme) unterschlagen werden? Selbstverständlich verletzt der Wettbewerb, so man nicht bloß sein statisches Ergebnis festhält und damit gerade das wegdefiniert, was ihn ausmacht (vgl. Hayek 1952, 122), das Pareto-Prinzip (vgl. auch Komlos 2019, 196), jedenfalls in seiner einfachen Auslegung.<sup>33</sup> Offenbar wäre die schonungslose Darlegung des sozusagen „schmutzigen“ Geheimnisses des der Entfaltung der Marktlogik inhärenten „ewigen Sturms“ (Schumpeter 1993,

<sup>33</sup> In einer ausgeklügelteren (zynischeren) Variante des Pareto-Kriteriums, bilden die durch den Wettbewerb erzeugten Verschlechterungen, die ja in der Regel kaum personal zurechenbar sind, den (quasi-natürlichen) Ausgangspunkt, von dem aus dann allein Pareto-Verbesserung gemessen werden können. Natürlich ist dies unzulässig, dürfte aber der Standardauslegung entsprechen. Vgl. Thielemann 2014, 329f. Vom Zwang zum



146) der „Zerstörung“ (nicht nur von Einkommenspositionen, sondern auch von Lebensformen) durch die „schöpferischen“ Leistungen anderer, im besonderen Maße marktaffiner Akteure, der Legitimität eben dieser ungebremsen Entfaltung reichlich abträglich. Und so können etablierte Standardökonomien widerspruchslös und wahrheitswidrig, mindestens verschleiern behaupten: „Der Abbau von Handelshemmnissen erhöht den Handel und steigert so Einkommen und Wohlfahrt.“ (Sachverständigenrat 2014, 40)

In Stephan Schulmeisters jüngstem, keynesianisch geprägtem, neoliberalismus-kritischem Werk, „Der Weg zur Prosperität“ (2018), einer Art Summa seines Schaffens, ist der Wettbewerb weitgehend Anathema. Er ist allerdings die stumm mitlaufende, stillschweigend vorausgesetzte Konstante. Alles wäre gut, wenn das Kapital sich als „Diener“ der Realwirtschaft betätigen und tatsächlich in Produktionsmittel investieren würde, statt die Überschüsse in Spekulationsgeschäften zu verschwenden (was wie Horten wirkt), da dann die eo ipso wettbewerblich erzeugte Arbeitslosigkeit sofort wieder beseitigt würde oder gar nicht erst entstünde (vgl. Schulmeister 2018, 58, 89f., 125, 133, 206).<sup>34</sup> Dass die Arbeitslosigkeit gerade dadurch entsteht, dass das Kapital „real“ (auf dem Primärmarkt) in besonderes wettbewerbsfähige (bzw. profitable) Unternehmen bzw. Beschäftigte investiert und dadurch anderen die Einkommensposition streitig macht (vgl. Thielemann 2012b), gerät nicht ins Blickfeld.

### 3.3 Der Freiheitsverlust durch die Entfaltung „freier“ Märkte

Das Votum des Neoliberalismus „für mehr Wettbewerb und freiere Märkte“ (Sachverständigenrat 2014, 162) ist selbstverständlich positiv nicht formulierbar, sondern Ausdruck einer bestimmten Ethik. Das ist im Grundsatz legitim.<sup>35</sup> Doch totalisiert der Neoliberalismus als Rechtfertigungstheorie der Entfaltung „freier“ Märkte mit der Marktfreiheit (zum Kaufen und Verkaufen von was auch immer) eine Dimension der Freiheit, ohne die Konflikte zu anderen Dimensionen der Freiheit redlich zu thematisieren. Unredlich ist dies vor allem, weil diese Freiheitsverluste just aus der Entfaltung jener Marktfreiheit, aus dem Wettbewerb nämlich, resultieren.

Dies gilt zum einen für den Verlust an persönlicher Entfaltungsfreiheit, den bereits Max Weber (1920, 37, 202ff.) in seiner Protestantismusstudie thematisierte. Es ist der Verlust der

Investieren (letztlich: ins eigene „Humankapital“) wird der Zwang gekürzt, und im Bewusstsein übrig bleiben soll allein sein Ertrag, also der Vorteil, den jeder „eigenverantwortlich“ erzielen „kann“.

<sup>34</sup> Gegen den neoliberalen Grundsatz, dass „das Unternehmerkapital [und nicht das Spekulationskapital, A.d.V.] zu hofieren“ sei (Sinn 2005), dürfte Schulmeister eigentlich nichts einzuwenden haben. Unklar bleibt dann allerdings, warum er, auch jenseits der Bekämpfung des Übels der Finanzialisierung, für umfangreiche Systeme sozialer Sicherung plädiert (vgl. Schulmeister 2018, 58, 268, 275ff., 337ff.).

<sup>35</sup> In besonderen Maße störend ist dann aber der etablierte Monismus, der spätestens dann, wenn der ethisch-normative Charakter der Disziplin erkennbar wird, zum Dogmatismus wird. Leider ist dessen Überwindung aus dem Inneren der Disziplin derzeit nicht zu erwarten. Dessen Überwindung von außen, also wissenschafts-politisch-regulativ, wird von den Etablierten dadurch bekämpft, dass den Außenseitern bzw. Verdrängten die Wissenschaftsfreiheit abgesprochen wird, die die Etablierten, deren Ausrichtung sie qua Kooptation zu perpetuieren in der Lage sind, exklusiv für sich reklamieren. Die Wirtschaftsweiserin Isabel Schnabel sieht in einer Quote für abweichende Positionen nichts als einen „fundamentalen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit“ (Plickert 2018), nämlich in ihre und die ihrer Gesinnungsgenossen.

Freiheit, ein nicht mit jeder Faser marktkonformes Leben führen zu können, ohne dass der Absturz droht. In beinahe schonungsloser Offenheit lässt sich dies auch bei Hayek (1981, 108f.) finden: „Der Wettbewerb nötigt die Leute dazu, rational zu handeln, um sich selbst zu erhalten.“ Und zwar sind es die „relativ rationaleren Individuen“, die „die übrigen ... durch den Wettbewerb dazu zwingen, sie nachzuahmen, um bestehen zu können“. Wenn man dem hier in Anschlag gebrachten Rationalitätsbegriff kritisch gegenübersteht, ist es ziemlich schwer, daraus eine prinzipielle Affirmation des Wettbewerbs abzuleiten (ultimativ: als „Entdeckungsverfahren“ für praktische Vernunft überhaupt), weshalb Bröckling (2007, 76ff., 97) die Passage im Abschnitt „Die Wahrheit des Marktes. Facetten des Neoliberalismus“ zitiert. Über diese Wahrheit geben die Neoliberalen, insbesondere die Austrians, mit ein wenig ethisch-kritischer Interpretationshilfe selbst die beste Auskunft.

Der Wettbewerb nötigt zur Ökonomisierung des Selbst. Er ist eine Art systemische Erziehungsanstalt. Nicht wir selbst bestimmen autonom, sondern er bestimmt heteronom die Erziehungsgehalte. In ihm ist der Zwang zum Lebensunternehmertum eingeschrieben (Thielemann 2010, 329ff.). Das Leben wird zur fortwährenden Investition ins eigene „Humankapital“. Es besteht ein „permanenter Zwang zur Selbstoptimierung“ (Bröckling 2007, 103). Es ist zu riskant, sich diesem Zwang nicht möglichst frühzeitig zu fügen.<sup>36</sup> Denn da „die Konkurrenz“ als „allgegenwärtige Drohung“ gegenwärtig ist, nimmt sie die Marktteilnehmer (uns alle) bereits „in Zucht, bevor sie angreift“ (Schumpeter 1993, 140). Eine Risikominimierungsstrategie ist etwa die Wahl des Bwl-Studiums – um, zugespitzt formuliert, im Zweifel aus Seiten der Entlassenden statt der Entlassenen zu stehen. Wir sind Gefangene des globalen Wettbewerbs, den wir doch selbst auch immer mit entfachen.

Nachhaltig wirksam ist der Zwang des Wettbewerbs nur, weil dieser nicht von identifizierbaren anderen ausgeübt wird, sondern als systemischer Prozess wirkt und also instanzlos abläuft, weshalb Max Weber (1972, 709) ihn als „herrenlose Sklaverei“ beschreibt. Verantwortung (für ökonomische Unbill) wird so in „Eigenverantwortung“ transformiert. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes existiert durchaus, doch treffender ist der Begriff der „verbergenden Hand [hiding hand]“ des Marktes (Bhagwati 1996, 33). Und dass diese zum Wohle aller wirkt, ist ein politisch immer erneut zu diskutierendes moralisches Urteil, andernfalls blanke Ideologie.

Dafür allerdings müsste der *body politic* souverän sein. Dies allerdings ist, nicht erst seitdem Angela Merkel 2011 die „marktkonforme Demokratie“ offiziell ausgerufen hat, zumindest fraglich.<sup>37</sup> Herbert Giersch proklamierte bereits 1997 das „Ende“ einer „Wirtschaftspolitik, die den Marktkräften entgegenwirken will“. Es spricht einiges dafür, dass eine Politik, die sich der „Hofierung des Unternehmerkapitals“ (Hans-Werner Sinn) und der „Transformation des Nati-

<sup>36</sup> Dies ist ja dann auch der systematische Grund dafür, warum die Prophezeiung Keynes einer allgemeinen individuellen Arbeitszeitverkürzung bei wachsendem Wohlstand nicht eingetreten ist – und nicht, jedenfalls nicht systematisch, eine verbreitete Neigung zum Statuskonsum, wie Skidelsky/Skidelsky (2013, 17f., 273ff.) meinen. Solange das Wettbewerbsregime herrscht, wird der „Lauf der Dinge“ nicht „einfach darin bestehen, dass es immer größere und größere Schichten und Gruppen von Menschen geben wird, für die sich Probleme wirtschaftlicher Notwendigkeit praktisch nicht mehr stellen“, wie Keynes (1963, 372) meinte. Die Keynesianer begreifen den Wettbewerb nicht.

<sup>37</sup> vgl. neben vielen Streeck 2015, 103, 107

onalstaates in den durch internationale Kapitalinteressen dominierten neoliberalen ‚Wettbewerbsstaat‘ (Deutschmann 2015, 547) verweigert, in etwa da landen dürfte, wo sich derzeit Griechenland befindet.<sup>38</sup> Die Folge ist eine technokratische ‚Demokratieentleerung‘ (Heitmeyer 2018) und ein Regime, für das Colin Crouch (2008) den Begriff ‚Postdemokratie‘ geprägt hat.

Zur ‚ökonomischen‘ Ethik bzw. Ideologie des Mainstreams gehört, dass er diesen politischen Freiheitsverlust mindestens als eine faktische Gegebenheit für seine (ohne(n) Wertfreien) Empfehlungen voraussetzt oder gar (wie Giersch) den darin gesetzten ‚Marktgehorsam‘ (kritisch Brodbeck 2009), in dem sich die Instanz, die die Marktdynamik doch an sich zähmen könnte, übt, offen bejubelt. Diese Zählung bestünde entweder in einem globalen Umverteilungs- und Regulationsregime bei weiterhin ansonsten ‚offenen Märkten‘ oder in ‚protektionistischen‘ Initiativen zur Begrenzung der Entfaltung der Marktlogik durch globale wettbewerbliche Waffenstillstandsabkommen.<sup>39</sup>

### *3.4 Der Verzicht auf Ideologiekritik*

Eine positivistisch verstandene Heterodoxie als eine dem eigenen Anspruch nach ja doch ‚kritische‘ Ökonomik entschlägt sich der Möglichkeit einer ethisch begriffenen Ideologiekritik des ökonomischen (‚neoliberalen‘) Mainstreams. Sie muss das alles akzeptieren und wenn nicht, muss es Sache einer anderen Disziplin sein – nur: welcher? Und in welchem Verhältnis stünde sie zu dieser? Oder die Frage der Einlösbarkeit des ökonomistischen Geltungsanspruchs der Herrschaft des Marktprinzips muss, wie der ethische Skeptizismus (etwa der kritische Rationalismus) meint, der je individuellen Entscheidung überantwortet werden, kann jedenfalls nicht Sache einer Wissenschaft sein.<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Vgl. zur Wettbewerbsstaats-These auch Hirsch (1995). Einen Überblick über verschiedene Vertreter dieser These geben Genschel/Seelkopf (2015, 247), die die These zwar nicht für blank falsch, aber für ‚overly general and too simple‘ einschätzen. Vgl. zu empirischen Belegen für diese These vermittle(n) offizieller politischer Stellungnahmen Thielemann 2014, 338f. Eine kritische Auseinandersetzung mit der These, hierbei handele es sich doch eigentlich um Scheinsachzwänge, findet sich in Thielemann 2018.

<sup>39</sup> Vgl. zur Idee Thielemann 2009, 233ff.; 2010, 452; Vontobel 2012; Wade (2017, 526) spricht von einem ‚kooperativer Internationalismus‘, der an die Stelle des ‚offenen Welthandelssystems‘ treten sollte, ‚um den Regierungen einzelner Staaten und regionalen Zusammenschlüssen größere politische Spielräume zu verschaffen‘. In ähnlicher Weise plädiert Rodrik (2018, 231f.) für eine ‚Beschränkung der Handelsströme‘ (die er allerdings nicht als ‚protektionistisch‘ klassiert sehen möchte), wenn diese ‚demokratisch legitimierte inländische Praktiken untergraben‘.

<sup>40</sup> Wertentscheidung ist Sache einer (ethisch-kritischen) Sozialwissenschaft in der Tat nicht. Wohl aber Werterhellung und transzendente Kritik. Vgl. Thielemann 2010, 124ff.

Doch ist Wertfreiheit, jedenfalls für eine Sozialwissenschaft (wie die Ökonomik), die unvermeidlich ihren Adressaten Hinweise für den Umgang mit Akteuren gibt, die den sozialwissenschaftlichen Gegenstandsbereich bilden, ja ohnehin eine Illusion.<sup>41</sup> Entgegen ihrem positivistischen Anspruch (Normativität ist „theorieextern“) ist auch die sich als positiv gerierende Heterodoxie voll von normativer Begrifflichkeit. Denn natürlich will sie etwas zeigen.<sup>42</sup>

#### 4. Das Marktversagensparadigma

Auffallend ist, dass der positivistische Strang heterodoxer Ökonomik an der normativen Begrifflichkeit und damit an den Beurteilungsmaßstäben der neoklassischen Standardökonomik (als einer uneingestanden Wirtschaftsethik) ganz selbstverständlich festhält. Dies gilt vor allem für den Effizienzbegriff (sinngleich „optimal“) bzw. für das Effizienzkriterium der Beurteilung nicht nur der Marktinteraktionsverhältnisse. (Dabei wird „Effizienz“ bzw. eigentlich „Effizienzsteigerung“ faktisch zumeist utilitaristisch verstanden, als Wachstum eines fiktiven Weltnutzens, konkret: als BIP-Wachstum (vgl. Thielemann 2010, 291ff.). Das sei immer gut, und die Politik dürfe ruhig umverteilen (weil sie ja eine „Präferenz“ für Gerechtigkeit habe) – was dann als Trennung von „Allokation“ und „Distribution“ thematisiert wird, aber selbstverständlich nur, wenn davon keine Verhaltenswirkungen ausgehen, die „die Effizienz“ im Ergebnis beeinträchtigen könnten (vgl. für Belege Peukert 2018a, 156ff.), was offenkundig eine unvorstellbare Vorstellung ist, da die Beschäftigten den Druck der Märkte natürlich zu spüren bekommen sollen und „das Risiko der Arbeitslosigkeit seinen Schrecken“ nicht verlieren darf.<sup>43</sup> Als „Pareto-Effizienz“ wird dieses an sich utilitaristische Verständnis im Allgemeinen bezeichnet (womit behauptet wird, dass niemand verliert), weil die Wettbewerbsverlierer verschwiegen werden – oder weil, und das ist die sophistiziertere Variante des Pareto-Prinzips, die Verlierer schon selbst dafür zu sorgen haben, sich durch entsprechende „unternehmerische“ Anstrengungen „eigenverantwortlich“ auf die Gewinnerseite zu schlagen.)

<sup>41</sup> Vgl. den programmatischen Titel der Arbeit von Tanja von Egan-Krieger: Die Illusion wertfreier Ökonomie (2014).

<sup>42</sup> Interessanterweise ist die Charakterisierung Peukerts (2018a, 43ff.) der „Kontrapunkte“, die vielfältige heterodoxe Strömungen gegenüber der Orthodoxie setzten, praktisch durchgängig normativ (und nicht etwa als Satz von Hypothesen formuliert, die der neoklassischen Orthodoxie entgegenstünden), was vielleicht nicht so auffällt, da sie zumeist im Indikativ formuliert sind, als seien es Bausteine einer positiven Theorie. Wenn etwa formuliert wird, „es gibt auch nichtmaterielle Bedürfnisse, die als ernst zu nehmende Zielwerte auch in der VWL berücksichtigt werden müssen“ (S. 46), fragt sich: zu berücksichtigen wofür? Für eine bessere „Erklärung“ der Preisbewegungen? Oder für „der Wahrheit“ verpflichtete „Analysen und Folgerungen“, die zwar auf „Werten“ „basieren“ und von diesen „beeinflusst“ werden (S. 50), aber nicht selbst normativer Natur sind?

<sup>43</sup> So Oliver Blanchard und Gerhard Illing in ihrem Lehrbuch zur Makroökonomie (7. Aufl., 2017, S. 235, zit. nach Peukert 2018b, S. 42). Heitmeyer (2018, 35) zitiert einen Wirtschaftsjournalisten, der bemerkt: „If workers never fear losing their jobs, there’s little reason to restrain wages. Some uncertainty, anxiety and fear are essential.“ An dieser Sicht ändert die neuerliche Diskussion um einen Trade-off zwischen Ungleichheit und Wachstum nur wenig, weil die als Maßgabe weiterhin „Effizienz“ vorausgesetzt wird. Bei dieser Diskussion „stehen nicht mehr die Probleme, die die Armen mit den Marktergebnissen haben im Zentrum, sondern die Probleme, die die Armen dem Wirtschaftswachstum bereiten“ (Kaufmann 2014).

Die fraglose Akzeptanz der normativen Beurteilungsmaßstäbe der ökonomischen Theorie-tradition zeigt sich auch noch in der Zurückweisung des „Markfundamentalismus“ der „orthodoxen Ökonomik“. Dieser bestehe nach Stiglitz (2002) allein darin, dass die Orthodoxie fälschlicherweise annehme, dass „Märkte generell effizient“ seien, wo doch die Verhaltensökonomik in Laborexperimenten empirisch die faktische „Irrationalität der Marktteilnehmer“ erwiesen habe. Wenn diese also tatsächlich „rational“ handeln, mithin alles tun würden, was sich zu ihrem ultimativen Vorteil ausnutzen lässt (und wenn möglicherweise weitere Annahmen erfüllt wären), dann würde das Unsichtbare-Hand-Theorem, demzufolge „freie Märkte zur Effizienz führen“ und mehr noch: dem gerechten Wohle aller („public interest“, Smith) dienen, empirisch gelten, wäre also wahr. – Natürlich ist dies keine rein „positive“, wertfrei behauptbare Feststellung.

Die Standardökonomik behauptet (hier in den Worten Varians), dass „Gewinne genau der richtige Wegweiser“ sind, um das [unterstellte] „gesellschaftliche Ziel“ der Steigerung „der Effizienz“ zu erreichen. („Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ lässt grüßen.) Dies allerdings, so wendet Peukert (2018a, 161) ein, „gilt nur, wenn die vielen Annahmen allesamt [empirisch] zutreffen“. Tatsächlich?

Hier entzündet sich ein interessanter – oder je nachdem: befremdlicher – Streit zwischen Ökonomen, die eher enge oder eher weite Vorstellungen darüber haben, ob empirisch vorfindliche Märkte „versagen“ oder eher nicht – etwa zwischen „Süßwasser-“ und „Salzwasserökonomien“ (Paul Krugman).<sup>44</sup> Befremdlich ist dieser Streit, weil die Nonchalance erstaunt, mit der – uneingestandener Maßen – die spezifisch „ökonomische“ Ethik in Anschlag gebracht und der „perfekte Markt als Norm“ vorausgesetzt wird, wie die Nachwuchsökonominnen Earle, Morgan und Ward-Perkins (2017, 81f.) treffend hervorheben. Offenbar möchte man sich mit dieser Ethik „als Ökonom“ zu erkennen geben, was die Dominanz des Ökonomismus als „wirkungsmächtigster Ideologie“ (Peter Ulrich) jedenfalls unserer Zeit unterstreicht. „Die Macht des [neoliberalen] Metaskripts“ scheint so weitgehend zu sein, dass „selbst ‚Progressive‘“ meinen, sie würden nur Gehör finden, „wenn sie ihre Argumente in Kategorien des Marktversagens fassen“ (Chen, Hanson 2004, 17). Wobei sich fragen ließe, ob es dann noch die gleichen Argumente sind.

Natürlich könnte man den Begriff „Marktversagen“ auch anders verstehen. In der etablierten Verwendung bedeutet er allerdings, dass der empirisch gegebene Markt nach Maßgabe der ethischen Eigenschaften, den die Ökonomik dem idealen, wahren Markt traditionell in legitimatischer Absicht zugesprochen hat, „versagt“. „Marktversagen“ ist sozusagen die Unvollkommenheit, mit der das Marktprinzip faktisch wirksam ist. Warum auch immer. Was daraus folgt, ist unklar. Allgemein ließe sich wohl sagen, eine Politik der Verhinderung von Marktversagen liefe darauf hinaus, „die Märkte dazu zu bewegen, sich wie Märkte zu verhalten“, genauer: wie „echte Märkte“ (Stiglitz 2015, 363, 119). Aber was heißt das? Möglicherweise das, was kritische Soziologen „autoritären Kapitalismus“ nennen (vgl. Heitmeyer 2018, 34, 118ff.). Denn wenn sich die Marktteilnehmer (und natürlich sind wir alle Marktteilnehmer) dem Marktgehorsam verweigern, bedarf es aus Sicht des Neoliberalismus der „Eingriffe ... in Richtung der

<sup>44</sup> Vgl. für die weitgehende Variante, die überall „Marktversagen“ erblickt, exemplarisch Forder 2016, 77ff. sowie Naidu/Rodrik/Zucman (2019); für die enge Variante beispielsweise Streit (2006, 94), der hinter der Theorie des Marktversagens vor allem Nirwana-Economics, also Illusionen, vermutet.

Marktgesetze ... zur Beschleunigung ihres natürlichen Ablaufs“ (Rüstow 1963, 252f.). Was dies konkret auf globaler Ebene bedeutet, hat Naomi Klein (2009) minutiös aufgezeigt, nämlich eine „Schock-Strategie“ gegen etablierte Systeme der Marktregulierung und der sozialen Sicherung. Dies lässt sich auch als „Planung für den Markt“ (Thomasberger 2009) fassen, d.h. als eine Politik der Unterdrückung und Entmachtung aller „marktwidrigen“ gesellschaftlichen Kräfte, die auf eine Begrenzung der fortschreitend tieferen und breiteren Herrschaft des Marktprinzips durch Regulierung und Systeme der sozialen Sicherung abstellen. Dieses Ansinnen der Advokaten der Herrschaft des Marktprinzips erklärt auch deren notorische Demokratiefeindlichkeit.<sup>45</sup> Diese ergibt sich grundlegend daraus, dass Demokratie aus neoliberaler Sicht bestenfalls überflüssig ist, da ja ohnehin bereits klar ist, wie die Gesellschaft insgesamt zu ordnen ist, nämlich marktförmig bzw. so, dass der Markt nicht „versagt“. Statt eines „Scheinkapitalismus“ (Stiglitz 2015, 119, 164ff.) soll der wahre, reine Markt herrschen.

Auch wenn diese neoliberale Option der Installation des „wahren Marktes“ durch politische Beseitigung aller marktwidrigen Elemente vom Standpunkt des Marktversagensparadigmas aus gesehen innerlich konsequent sein dürfte, haben Heterodoxe (so man diesen nicht die Austrians oder die wissenschaftspolitisch in Ungnade gefallenen Ordoliberalen zurechnet) in der Regel etwas anderes, ja Gegenteiliges im Sinn. Der Umstand, dass „reale Märkte ... voll von Marktversagen“ und „Marktunvollkommenheiten“ seien, ist ihrer Ansicht nach der empirische Beweis dafür, dass der „Neoliberalismus – bzw. der Marktfundamentalismus, der Marktfetischismus – eine Pervertierung der Standardökonomik darstellt“ (Naidu/Rodrik/Zucman 2019, 5, 2) und das Marktregime, dessen vollständige Inthronisierung offenbar als ein unerreichbares Ideal angenommen wird, nicht unumschränkt herrschen solle.<sup>46</sup> Um dies zu zeigen, bedürfe es nur eines „empirical turn“ (Steinbaum 2019).

„Systematic empirical evidence is a disciplining device against ideological policy prescriptions embedded in preconceived theorizing. The empirical bent of economics makes it more difficult to ignore inconvenient facts, when real world markets do not behave like textbook ones.“  
(Naidu/Rodrik/Zucman 2019, 3)

Könnte es sein, dass der allgemeine Grund dafür, dass sich die Heterodoxie als „real-world economics“ bezeichnet, ein positivistischer ist? Wer sich hinter dem Ansatz einer „real-world economics“ versammelt, würde dann damit signalisieren, dass die gesamte marktaffirmative Normativität der Orthodoxie anzuerkennen ist und nur an den empirischen, faktischen Erfüllungsbedingungen zu zweifeln ist. Die Alternative dazu wäre, dass mit dem Titel „real-world economics“ auf eine andere *Deutung* und *Beurteilung* der Marktinteraktionsverhältnisse abgestellt wird, eine normativ angemessenere und insofern „realistischere“ nämlich.

<sup>45</sup> Vgl. für zahlreiche Belege Ötsch 2019, 127f., 151, 198, 231; Slobodian 2019, 249ff., 357ff.

<sup>46</sup> Die „nachteiligen Wirkungen des internationalen Handels auf einige lokale Gemeinschaften“ ist allerdings nicht, wie Naidu/Rodrik/Zucman (2019, 3) meinen, ein Ausdruck von Marktversagen, sondern zeigt, dass der wettbewerbliche Markt „funktioniert“ – statt behindert zu werden (vgl. auch Kaufmann 2019; Varoufakis 1998, 304). Und so sucht man dann auch nach solchen *internen Effekten* („pecuniary effects“) des Marktverkehrs (vgl. Thielemann 1996, 277ff.), der qua Wettbewerb unablässig Verlierer produziert und „Marktgehorsam“ erzwingt, in den üblichen Listen eines „versagenden“ Marktes (im Unterschied zu externen Effekten) vergebens.

Dieser Strang der Heterodoxie bleibt in der Neoklassik verwurzelt oder bekennt sich gar ausdrücklich zur „Mainstream-Ökonomik“ (Naidu, Rodrik und Zucman 2019, 1ff.). Er wähnt seine eigene Ausrichtung als bloß „positiv“ (ohne in der Regel allerdings ausdrücklich seine eigene „Wertfreiheit“ zu reklamieren), weil die spezifische Normativität des neoklassischen Mainstreams ganz selbstverständlich vorausgesetzt wird und es jetzt nur mehr auf die empirische Überprüfung des tatsächlichen Bestehens der „Annahmen“ ankomme, unter dessen „Vorbehalt“ die Rechtfertigungen der Herrschaft des Marktprinzips üblicherweise gestellt werde. Unsere „Unterstützung“ für „Märkte“ sollte „von empirischen Beweisen abhängig“ sein, findet Komlos (2015, 27). Es handelt sich insofern nur um einen scheinbaren bzw. halbierten Positivismus, der von der Normativität des ökonomistischen Programms abhängig bleibt.<sup>47</sup> Erst diese Normativität gibt den spezifisch empirischen Fragestellungen dieser Heterodoxie ihren Sinn.

Dass die empirische Seite vom ökonomistischen Referenzrahmen, der fraglos vorausgesetzt wird, abhängig bleibt, zeigt sich etwa (hier exemplarisch am Beispiel Naidu/Rodrik/Zucman 2019) in der unbedarften Verwendung von spezifisch normativen Begriffen und Formulierungen wie „malfunction“ (S. 3), „when markets work well“ (S. 2), „efficiency“ (passim), „second-best“ (S. 5) usw. Den Autoren scheint überhaupt nicht klar zu sein, dass es sich hierbei um normative Urteilsbegriffe handelt, und sie begründen oder diskutieren auch nirgendwo, was denn die normativen Bedingungen dafür sind, dass Märkte „gut funktionieren“ und für wen „gut“. Sogar das Coase Theorem wird akzeptiert und nur wegen bestehender „Transaktionskosten“ als empirisch nicht einschlägig zurückgewiesen (Naidu/Rodrik/Zucman 2019, 4).<sup>48</sup> Insofern lässt sich von einer bloß empirisch fokussierten Neuvermessung des Ökonomismus sprechen.

Diese Abhängigkeit des sich rein „positiv“ wählenden, vermeintlich heterodoxen Marktversagensparadigmas von der als solcher unhinterfragten Normativität, die die ökonomische Theorietradition (in leicht unterschiedlichen Auslegungen) dem „idealen Markt“ zugeschrieben hat, erklärt offenbar auch, warum eine sich „positiv“ (und darum vermeintlich „wissenschaftlich“) statt ethisch-kritisch verstehende Heterodoxie meint, aus Fakten bzw. aus in „Modellen“ hypothetisch festgehaltenen Wirkungsbeziehungen ließen sich „wirtschaftspolitische [also normative, A.d.V.] Folgerungen“ ableiten bzw. die Modelle könnten „wirtschaftspolitische Implikationen“ enthalten oder „nahelegen“, nur seien es, da die Fakten andere seien, als die Orthodoxie meine und diese sich im „abstrakten Himmel reinster Theorie“ bewege, die falschen, nämlich

<sup>47</sup> Die empirische Seite lässt sich dann zur Exkulpation einsetzen. So sei Rüdiger Bachmann (2016) zufolge die der Heterodoxie zugeschriebene Ansicht, bei der „modernen Mainstreamökonomik“ handle es sich um „ein Hochamt auf den freien Markt mit dem Staat als Satan“ (abgesehen von der Ridikülisierung) nur darum ein Zerrbild, weil die etablierte Forschung dabei sei, „immer feinere und realitätsnähere Alternativen zum simplen Modell“ des „perfekten Marktes“ „theoretisch und empirisch zu erforschen“. Das „simple Modell“ selbst sei ja „schon gut verstanden“, also als normativer Referenzrahmen akzeptiert, von dem aus nur mehr seine empirischen Erfüllungsbedingungen klärungsbedürftig sind. Die Infragestellung des normativen Referenzrahmens selbst gilt als „unfruchtbar“.

<sup>48</sup> Die Autoren müssen also der Meinung sein, dass es „letztlich irrelevant“ (Coase) sei (übrigens: für den Weltnutzen), ob der Schädiger den Geschädigten kompensieren muss, wenn er den „externen Effekt“ ausüben will, oder der Geschädigte den Schädiger bestechen muss, wenn er den „externen Effekt“ nicht erleiden will – wenn es denn nur keine „Transaktionskosten“ gäbe. Vgl. zu den denkbar weitreichenden normativen Implikationen des Coase Theorems Thielemann 1996, 45ff.

„neoliberal-marktkonservative Folgerungen“ (vgl. Peukert 2018a, 94, 159, 182, 324, 329). Es ist logisch nicht möglich, aus Fakten (bzw. aus Hypothesen über Fakten) Normen abzuleiten (Myrdal 1976, 12). Man muss die Norm vielmehr vorher schon mitgebracht und anerkannt haben. Eine Heterodoxie, die ihre einzige Differenz zur Orthodoxie im Empirischen verortet, muss deren normative Urteilsmaßstäbe samt und sonders anerkennen.

Auf dieser normativen Basis dürfte eine politische Regulierung der Marktinteraktionsverhältnisse nur dann „zu rechtfertigen“ sein, wenn gezeigt werden kann, „dass der Markt in dem betreffenden Bereich ‚versagt‘“ (Fritsch/Wein/Ewers 2005, 1).<sup>49</sup> Vom ökonomischen Mainstream gebilligte oder überhaupt erst (qua Performativität) vorangetriebene Phänomene wie die Ökonomisierung der Lebensverhältnisse, der politische und individuelle Freiheitsverlust oder der im Wettbewerb angelegte Wachstumszwang müssten, jedenfalls innerhalb des Marktversagensparadigmas, unkritisiert bleiben. Das Festhalten am neoklassischen Paradigma der „Mainstream Economics“ als einem „Werkzeug“ (Naidu/Rodrik/Zucman 2019, 2), welches lediglich empirisch „realistischer“ in Anschlag zu bringen sei, und damit an all seinen normativen Implikationen bzw. seiner „impliziten Ethik“ (Karl Heinz Brodbeck), ist jedenfalls unvereinbar mit dem Ansinnen, „das ökonomische Effizienzkriterium der Lehrbuchökonomik anderen Werten wie Demokratie und egalitären Beziehungen zwischen Bürgern unterzuordnen“ (Naidu/Rodrik/Zucman 2019, S. 6). In erfrischender Offenheit und entgegen der Kernbotschaft, es sei eine bloß „empirische“ Neujustierung des neoklassischen Paradigmas notwendig (übrigens: um bestimmte normative Vorgaben zu erreichen wie insbesondere „inklusive Wohlstand“), bekennt sich einer der Autoren, nämlich Dani Rodrik, zu einer „ausdrücklich pro-soziale Rechtfertigung für Handelsrestriktionen, ohne diesen Protektionismus in Begriffe der Abmilderung irgendeiner Externalität oder eines Marktversagens zu kleiden“ (Naidu/Rodrik/Zucman 2019, 6).<sup>50</sup>

### 5. Das Kontraproduktivitätsparadigma

Mit der ganz selbstverständlichen Verwurzelung des Marktversagensparadigmas im Ökonomismus als dem Geltungsanspruch, dass der ideale Markt herrschen soll, aber, so die Marktversagensproponenten, aus prinzipiellen nicht herrschen kann oder aus okkasionellen Gründen faktisch nicht herrscht, ist noch kein eigentlich positivistisches Paradigma von Ökonomik erreicht. Ein solcher eigentlicher Positivismus dürfte keinen normativen Geltungsanspruch mehr bei sich führen, also weder vom „praktischen“ noch vom „emanzipatorischen“ Erkenntnisinteresse geleitet sein. Diese Position (insofern sich davon überhaupt sprechen lässt) müsste freilich auf alle

<sup>49</sup> Der Absolutheitsanspruch dieses demokratiefeindlichen normativen Geltungsanspruchs „der ökonomischen Theorie“ wird auch dadurch unterstrichen, dass jede Marktregulierung als „Eingriff“ bezeichnet wird, was sich auf „... in die legitime Privatsphäre“ reimt.

<sup>50</sup> Auch beispielsweise der Hinweis auf die „Schattenseiten und Übertreibungen des Freihandels“, die in den Lehrbüchern des Mainstreams beklagenswerter Weise unthematisiert blieben (Peukert 2018b, 61), dürfte nur mit einigen Verrenkungen auf „Marktversagen“ verweisen. Auch ist unklar, wie der Hinweis auf „die Kosten der Anpassung“, auf „Einkommensungleichheiten“ sowie die Forderung, „die Perspektive der Gewinner und Verlierer des Freihandels“ einzunehmen (ebd.), mit dem eigenen, positivistisch verstandenen Anspruch der „wissenschaftlichen Begründbarkeit“ (Peukert 2018a, 176) vereinbar sein kann.



normative Begrifflichkeit verzichten. „Effizient“, „rational“, „optimal“, „verzerrt“, „überlegen“, „innovativ“, „versagen“ usw., all dies dürfte nicht mehr vorkommen. Es ist allerdings unvermeidlich, die soziale Welt *zu deuten*, also „als etwas“, als dieses und nicht als jenes, in Begriffe zu fassen. Da diese Begriffe praktisch bedeutsam sind und daher das normative Urteil über den Gegenstand [mindestens auch] „im Begriff verborgen“ ist (Myrdal 1976, 186),<sup>51</sup> kann eine im eigentlichen Sinne positive Ökonomik nur analytisch, unter Abstraktion von ihren rechtfertigenden (oder auch kritischen Gehalten), festgehalten werden.<sup>52</sup> D.h. der Positivismus, die Reduktion auf die „tatsächlich“ bestehenden sozialen Wirkungszusammenhänge, wäre nur ein Aspekt, dann allerdings: der dominante.

### 5.1 Positivistische Ökonomik als Erfolgswirtschaftslehre

Im positivistischen Verständnis ist alles Wissen „Information“. „Informationen“ sind Wissensbestände unter Nützlichkeitsgesichtspunkten (vgl. Albert 1998 110ff., 115f.). Das Erkenntnisstreben muss darum a priori auf die empirische soziale Welt *als Wirkungszusammenhang* beschränkt sein (statt sie in ihrer Bedeutung hermeneutisch zu ergründen), sonst ist es „unbrauchbar“. Denn diese Welt steckt den Raum möglicher Constraints ab; sie markiert das Feld möglicher „Chancen“ und „Risiken“. Aussagen, die nicht „an den Tatsachen scheitern“ können, sind nicht „informativ“ bzw. haben einen „Informationsgehalt von Null“, wobei „Informationsgehalt“ und Erkenntnisgehalt gleichgesetzt werden.<sup>53</sup>

Dass Subjekt und Adressat positivistischer Theorie (hinzuzufügen wäre: sinnnotwendig) als Homo oeconomicus agieren („technisches Erkenntnisinteresse“ eben), unterstreicht Albert nicht nur durch die Begrifflichkeit („brauchbar“, „interessant“, „leistungsfähig“, „mehr Informationen herausholen“), sondern auch explizit: „Der Mensch“ sei ein „theoretisches Tier“, das Theorien fabriziert, verbreitet und sie für sein Verhalten *verwertet*“ (Albert 1998, 51, Hvh.d.V.). „Die Erkenntnispraxis des Menschen“, so Albert weiter (S. 59f.), werde „durch Wertgesichtspunkte [gemeint sind Nutzenüberlegungen bzw. Präferenzen] gesteuert“ und sei auf „Lösungen“ (S. 66) ausgerichtet, d.h. auf verbesserte Verfügungschancen. Die „Bewertung der [vom Wissenschaftssystem oder welchen Informationsanbietern auch immer, A.d.V.] angebotenen Lösungen“ erfolge dabei durch die Adressaten als den Kunden der Theorie, und zwar

<sup>51</sup> „Mit jeder ursprünglichen Konstitution eines Gegenstandes ‘als etwas’ in einer Situationswelt“ ist eine „auf menschliche Lebensmöglichkeiten verbundene Wertung ... notwendig verbunden“. Apel 1973, 145. Die sich daraus ergebende Angreifbarkeit versucht der Positivismus dadurch zu begegnen, dass er die begriffliche Fassung des Gegenstandes als ein „analytisches Füllsystem“ „bar jeden substantiellen Inhalts“ behauptet (Friedman 1953, 7, 11f.), wie immer man dies begreifen können sollte. Vgl. zur Kritik am vergeblichen positivistischen Versuch der „Neutralisierung der sozialwissenschaftlichen Sprache“ (Albert), den Myrdal treffend als „naiven Empirismus“ charakterisiert, Thielemann 2010, 85ff.

<sup>52</sup> Und selbstverständlich wäre sie gegenstandsbezogen zu definieren (auf die Marktinteraktionsverhältnisse), nicht durch eine Fragestellung („Knappheitsbewältigung“), die ohnehin als Deutungsschema (und als Handlungsanleitung) normativer Natur sein muss. Für eine gegenstandsbezogene Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaften spricht sich unter anderem Chang (2014, 27) aus.

<sup>53</sup> Es ist demgegenüber erstaunlich, wie wenig „Informationsgehalt“ das wissenschaftliche Gesamtwerk Hans Alberts aufweist. Sich selbst methodologisch Rechenschaft zu geben über Sinn und Geltungsanspruch des eigenen Erkenntnisstrebens, gehört offenbar zu den schwierigsten Forschungsaufgaben.

nach Maßgabe der Verminderung von „Knappheit und Ungewissheit“ (man muss wohl hinzufügen: wenn sie „rational“ agieren). „Die im ökonomischen Denken übliche Charakterisierung der menschlichen Grundsituation trifft auch auf diesen Bereich zu.“<sup>54</sup>

Diese Konzeption mündet in eine Beratertheorie, die nützliches Verfügungswissen und sonst gar nichts schafft und für die Wissen Macht ist, Verfügungsmacht nämlich. Wissenschaft wird zu einer Art Erfolgswirtschaftslehre, die klärt, ob und ggf. wie die Präferenzen ihrer Adressaten bzw. Kunden gegen Widerstände effektiv durchgesetzt werden können, was dann „Problemlösung“ genannt wird. (Ob dies „effizient“, also nutzensteigernd geschieht bzw. wie dies „am effizientesten“, also nutzenmaximierend, zu gewährleisten ist, hängt streng genommen von den spezifischen Präferenzen der Kundschaft ab. Im Falle einer Präferenz für Geld bzw. für die Erzielung höchstmöglicher Gewinne bzw. den Aufbau von Netto-Vermögenspositionen erübrigt sich eine solche materielle Rückkopplung an die Kundenwünsche allerdings, da der Erfolg ein (jedenfalls ex post) objektiv messbares Ereignis ist.) Die Erkundung dieser Widerstände machen das Vorhaben zu einem empirischen Unterfangen. Ohne Widerstände („constraints“) wäre der Nutzen des Homo oeconomicus bekanntlich „maximal“, woran sich zeigt, dass das Projekt „Maximierung“ ohne eine empirische Welt der Widerständigkeit von vorn herein sinnlos ist.<sup>55</sup> Es ist der Homo oeconomicus, dessen Maximierungskalkül die Begründung liefert für die Konzentration der Wissenschaft (in den Augen ihrer Vertreter: der einzig wahren Wissenschaft) aufs Empirische, auf die Klärung der Verhältnisse zwischen sozusagen nackten (bedeutungsfreien) Wirkungs- bzw. Machtzusammenhängen.

Auch wenn diese Konzeption für sich Wertfreiheit reklamiert, bewegt sie sich keineswegs jenseits von Richtig und Falsch (was ohnehin ein Unding ist, da „Neutralität“ als Affirmation zu dechiffrieren ist). Seine spezifische Normativität bestünde allerdings nicht in einem (ggf. versteckten) normativen Geltungsanspruch (etwa dem, „die Effizienz“ des Marktregimes zu beweisen), sondern in der Parteilichkeit für diejenigen Interessen, denen ein spezifisch Verfügungswissenschaftliches Vorhaben zu Diensten steht (vgl. Thielemann 2010, 87ff.).<sup>56</sup> Denn wenn Theorien vor allem nützlich sein sollen, fragt sich ja: für wen nützlich? Dass die Interessen anderer (naheliegender Weise: weniger zahlungskräftiger Kreise) dabei nicht nur übergangen werden, sondern diese anderen möglicherweise und wahrscheinlicher Weise zu Schaden kommen, ist aus der Sicht des Positivismus nicht „informativ“, jedenfalls solange die daraus

<sup>54</sup> Woher Albert (1995, 12) die „Information“ (den Begriff verwendet er hier nicht unmittelbar) hat, dass auch „der Forscher“ als „Wirtschaftssubjekt“ zu begreifen sei und „die Resultate seiner Forschung ... ökonomisch als Güter zu charakterisieren“ seien, bleibt allerdings unklar. Hat diesen Aussagen einen apriorischen Charakter oder ist sie falsifizierbar? Was wären die Messbedingungen für eine Falsifikation?

<sup>55</sup> All das bisher Gesagte interessiert den Positivisten und seine Kunden allerdings nicht. Es ist schlicht nicht „informativ“.

<sup>56</sup> Überdies besteht die uneingestandene Normativität im damit implizierten und als verbindlich transportierten Votum für Erfolgrrationalität als Inbegriff praktischer Vernunft, also in der Rechtfertigung des Homo oeconomicus. Vgl. Thielemann 2010, S. 64ff. Dies setzt natürlich voraus, dass die Adressaten der Theorie noch keine Homines oeconomici sind, für die nur „der Erfolg“ zählt, bzw. dies noch nicht vollständig sind, es aber werden sollen. Dass dieser normative Geltungsanspruch in den Verfügungswissenschaftlichen (und darum rein „positiven“) Theorieangeboten nicht enthalten sein soll, ist eine unvorstellbare Vorstellung.

erwachsenden Widerstände die Interessenverfolgung der ursprünglichen Kundschaft nicht vereiteln. Überdies steht es ja jedem frei, eine Gegenexpertise in Auftrag zu geben, um nach „Problemlösungen“ zu suchen.

Eine solche wirtschaftswissenschaftliche Konzeption hätte die Betriebswirtschaftslehre zum Vorbild, die sich nur mehr „technokratisch um die Vermehrung der immer gleich gedachten Outputs und Profite“ kümmert, „um das immer schon interessendurchsetzte Wie und nicht um das Was und das Warum, d.h. nicht um die Reflexion der Produktions- und Verwertungsbedingungen. Das Ergebnis: Leistung, die Leiden schafft. Nicht drei, nein: vier Wörter und ein Komma: Leistung, – die – Leiden – schafft... Wer seine Ziele durchsetzen kann, braucht sie freilich nicht zu publizieren oder zu reflektieren.“ (Kappler 2013, 306)

## 5.2 *Positivistische Ökonomik als Verkünderin der „brutalen Wahrheit“ der Herrschaft des Marktprinzips*

Allerdings ist die Welt nach wie vor nicht vollständig von *Homines oeconomici* bevölkert. Da wir uns nach wie vor nicht vorstellen können, dass wir in einer Welt leben, in der Rechtfertigungen (auch falsche, also Ideologien) keine Bedeutung mehr haben, so dass es dem einzelnen egal wäre, ob sein Situation durch, nehmen wir irgendein simples Beispiel, „Ausbeutung“ oder mangelnde „Eigenverantwortung“ verursacht ist, gibt es, etwa aus der Sicht der „Marktmachtinteressenten“ (Weber), einen Bedarf nach Ideologieplanung.

Somit kommt ein anderer Kreis an Adressaten ins Spiel. Nicht mehr *Homines oeconomici*, sondern Bürger mit sozusagen marktwidrigen Ansprüchen.<sup>57</sup> Eine positivistische Ökonomik als Verkünderin der „brutalen Wahrheiten der Ökonomik“ (Samuelson/Nordhaus 2010, 19) wird sie darüber „informieren“, dass „das Risikos des Scheiterns“ (Albert 1998, 111) heute alles hat, was nicht „marktkonform“ ist. Entsprechende politische oder individuelle Aspirationen werden so durch „die Konsequenzen“ ihrer möglichen bzw. eben unmöglichen Anwendung „widerlegt“ (S. 114), da sie sich „an Hand der Tatsachen“ nicht „bewähren“ (S. 112f.).<sup>58</sup>

Eine positivistische Ökonomik lässt sich als eine neue Art der Rechtfertigung der Herrschaft des Marktprinzips begreifen. Sie tritt nicht mehr mit ethisch-normativem Rechtfertigungsanspruch auf, indem sie diese Herrschaft als „gut für alle“ oder als Ausdruck „der Freiheit“ er- bzw. verklärt, sondern indem sie auf die Faktizität dieser Herrschaft verweist und dem Publikum „die Kosten“ des Abweichens einer marktinkonformen Politik oder Lebensführung vorrechnet, was sich im Topos der „Alternativlosigkeit“ der Fortsetzung des neoliberalen Pfads der „Reformen“ ausspricht. Zwar ist diese Position zunächst vermutlich erstmals in den 1950er formuliert worden,<sup>59</sup> also in einer Zeit, die deutlich schwächer (so jedenfalls die hier vertretene

<sup>57</sup> Streng genommen haben wir es mit zwei Typen von Adressaten zu tun: „Marktmachtinteressenten“ als Auftraggebern einerseits, Normalbürgern als dem „Zielpublikum“ andererseits.

<sup>58</sup> Ein rein „positives“, ausdrücklich als „wertfrei“ deklariertes sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm enthält nur „Informationen über die Möglichkeiten von Handlungen“ (Albert 2002, 58).

<sup>59</sup> In Milton Friedmans (1953, 4f., Hvh.d.V.) Entwurf einer „positiven Ökonomik“ wird diese als „unmittelbar relevant“ für die Klärung „normativer Probleme“ behauptet, da jene aufzeige, „wie jedes beliebige Ziel erreicht werden kann“ (oder eben, dass es nicht erreicht werden „kann“), weshalb eine „normative Ökonomik nicht unabhängig von positiver Ökonomik“ sei.

These) von Marktkräften bestimmt war (weshalb das Soziale im und für den weitgehend je nationalen Marktverkehr noch eine Chance hatte), was sich als „Einbettung“ fassen lässt (vgl. Thielemann 2020). Systematisch verfangen dürfte die positivistische Variante des Ökonomismus allerdings erst nach gut 40 Jahren der Praktizierung neoliberaler Reformen (seit Thatcher, Reagan usw.) und damit der globalen Inthronisierung „freier Märkte“ und ihrer systemischen Macht. Seitdem ist „die Empirie“ praktisch vollständig auf Markt und Wettbewerb umgestellt.

Dieses Programm lässt sich als Kontraproduktivitätsparadigma fassen.<sup>60</sup> Eine „positive“ Sozialwissenschaft, die selbstverständlich zugleich als „wertfrei“ zu gelten habe, möchte „abgesicherte Aussagen“ über „die Wirklichkeit“ geben, wobei sich herausstellen kann, dass eine als wünschenswert erachtete Maßnahme „wirkunglos oder gar kontraproduktiv ist“ (Kirchgässner 2009, 447). Dieser Aufgabe nimmt sich die sogenannte „evidenzorientierte Politikberatung“ an (Schmidt 2014), die selbstverständlich mit dem Anspruch der Ideologiefreiheit auftritt (Burda u.a. 2014). Sie möchte die Politik – in einer Demokratie also: uns Bürger – über „die tatsächlichen Folgen politischer Entscheidungen“ aufklären, wobei sich herausstellen dürfte, dass eine Politik, die Ungleichheit reduzieren möchte, „genau das Gegenteil des Gewünschten bewirken“ wird (Schmidt 2014, 229).

Hatte Hayek (1952, 18; 1996, 52) noch „Demut“ und „Gehorsam“ gegenüber den „unpersönlichen und anonymen“ Kräften des wettbewerblichen Marktes *gefordert*, so tritt dieser „Marktgehorsam“ (Brodbeck 2009; Ötsch 2019, 88ff.) nun in der „ideologiefreien“, „objektiven“, „wissenschaftlichen“ Form der „evidenzbasierten“ Einsicht in die „begrenzte eigene Wirkungsmacht“ (dadurch) „guter Politik“ (Schmidt 2014, 228) in Erscheinung – was aus der Sicht der „Marktmachtinteressenten“ (Weber) vermutlich effektiver sein dürfte. Der Ökonom liest gleichsam im „Buch des Marktes“, um uns Wegweisendes mitzuteilen,<sup>61</sup> um „Einwände von den faktischen Zusammenhängen her“ gegen bestimmte Handlungs- und Gestaltungsintentionen vorzubringen (Albert 1998, 131) und uns Irdischen „ein systematisches Feedback zu intendierten oder bereits unternommenen Interventionen“ zu geben, so dass wir deren „Wirksamkeit“ besser einschätzen könnten, was zu einer „informierten Politik“ führe (Sachverständigenrat 2013, 271).

Zu den „Einsichten“ dieser Art gehört etwa die, dass es „in modernen Gesellschaften zwar denkbar“ sei, „dass die ethische die ökonomische Dimension einer Entscheidung systematisch dominiert, ... aber nicht durchsetzbar“ (Wieland 2008, 98). Andernfalls entstehe das „Risiko“ von „Ausweichreaktionen“. Dazu gehört etwa die Abwanderungsdrohung und damit die durch die Globalisierung erhöhte „Verhandlungsmacht des Kapitals“ (Guschanski/Onaran 2018); diese hat uns in eine Welt geführt, „in der die Staaten dabei sind, in so etwas wie Aktiengesellschaften verwandelt zu werden, die das Vertrauen ihrer Kapitalgeber verdienen müssen“ (Streck 2012, 144). Aus der naturalisierenden Sicht des Positivismus ist dies nichts als ein Faktum bzw. eine „Information“. Aus seiner Sicht ist es nun einmal „der Fall“, dass „eine Politik, die

<sup>60</sup> Vgl. ausführlich Thielemann 2014.

<sup>61</sup> Vgl. zum zunächst sympathetischen, dann konstruktivistisch-szientistisch umgedeuteten (in beiden Fällen metaphysischen) Topos vom „Lesen im Buch der Natur“ Böhler 1981.

die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schwächt, [mit Blick auf Wohlstand und Arbeitsplätze, A.d.V.] kontraproduktiv ist“ (Porter/Kramer 2011, 51).<sup>62</sup> Die „Regeln“, die die Politik aufstellt, werden dadurch ständig einem „empirischen Test auf ihre Validität als ‚gute Regeln‘ ausgesetzt“; in diesem Test zeigt sich [bzw. lässt sich „entdecken“ (Hayek)], welche Politik sich „bewährt“ (Schäfer 2009, 432).<sup>63</sup> Von der Gegenwart auf die Zukunft geblickt, handelt es sich hierbei um eine „Prognose“, und aus positivistischer Sicht interessiert allein die „Exaktheit“ (Steve Keen), mit der sie formuliert ist.

Aber *wer* ist es denn eigentlich, der „die Konsequenzen“ einer Handlungsintention erzeugt, die diese „widerlegt“ (Albert 1998, 114)? *Wer* ruft die „wahren Kausalketten“ hervor, die die „Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen“ ggf. unterminieren (Burda u.a. 2014). Wenn die Reduktion von „Ungleichheit“ kein „Instrument“ der Politik sein kann und „Ungleichheit“ vielmehr eine (offenbar: unabänderliche) „Ergebnisgröße“ sei (Schmidt 2014, 229), dann fragt sich: Ergebnis *wessen* Handelns?

Die positivistische Ökonomik affirmiert und rechtfertigt bereits methodologisch die bestehenden Marktmachtverhältnisse, indem sie sie zu einer Tatsache hypostasiert.<sup>64</sup> Sie affirmiert und rechtfertigt (in idealtypischer Betrachtung: nicht der Intention nach, sondern kraft ihres methodologischen Designs) die machtvolle, eben die wirkungsvolle Logik, mit der der wettbewerbliche Markt die Gesellschaft fortwährend umwälzt. Darin besteht ihre Normativität, die sie verleugnet, offenbar gerade um diese Affirmation nur umso unangreifbarer zu etablieren. Die Unbedingtheit der (eo ipso normativen) Anerkennung der Marktmachtverhältnisse spricht sich dabei im positivistischen Grundsatz aus, dass die Gültigkeit der Aussagen der sich als „wertfrei“ wählenden bzw. dadurch überhaupt erst als „wertfrei“ sich definierenden Sozialwissenschaften davon „unabhängig“ sei, „ob sie mit den Wertvorstellungen der sie vertretenden Sozialwissenschaftler [und ihrer Adressaten, letztlich: dem Demos, A.d.V.] vereinbar sind oder ob sie konträr dazu stehen“ (Kirchgässner 1991, 3). Das Ideologische dieser Position besteht systematisch darin, dass die Kräfte, die sie naturalistisch den „objektiven Tatsachen“ zuschlägt, selbstverständlich keine Naturkräfte sind. Wir haben es hier nicht mit Naturereignissen zu tun, sondern mit einer sozialen Logik bzw. einer aus menschlichen Handlungen und sonst gar nichts resultierende Dynamik. Darum gilt zusammenfassend: Die Wirtschaftswissenschaften können der Normativität so oder so nicht entrinnen – in der Variante „implizite Ethik“ schon gar nicht, aber auch nicht in der Variante einer (so weit wie möglich) „positiven“ Theorie.

Überdies ist die Position des ökonomischen Positivismus als partikularistisch zu klassieren, weil die Akteure, die ein politisches Handlungsprogramm vereiteln bzw. „Kontraproduktivitäten“ verursachen, nicht mehr adressiert und damit von aller Verantwortung freigesprochen werden (vgl. Thielemann 2014, 331f.).<sup>65</sup> Dies gilt auch, soweit die markt-wettbewerbliche Dyna-

<sup>62</sup> „Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit“ fungieren hier als Euphemismus für Profitabilität.

<sup>63</sup> Vgl. zu einer entsprechenden systemischen Werttheorie, bei der das, was „sich durchsetzt“, als das Vernünftige, Richtige, Legitime usw. (um-)definiert wird bzw. bei der die Durchsetzbarkeit im wettbewerblichen Markt auf die Definition des Vernünftigen „durchschlägt“ (Karl Homann), Thielemann 2010, 389.

<sup>64</sup> Vgl. zustimmend Anzinger 2019, 3f.

<sup>65</sup> Der Universalismus, den Schmidt (2014) für die „evidenzbasierte Politikberatung“ reklamiert, indem er Unterstützung für das Konzept durch „die Bürger“ (S. 219) – also alle Bürger – unterstellt (wenn auch erst

mik – als „Eigendynamik“ – systemischen Charakters ist und insofern instanzlos abläuft. Positivistische Ökonomik bildet hier bloß die „Parteilichkeit der Sachzwänge“ (Ulrich 2016, 159ff.) – nämlich für die „unternehmerische“ Lebensform und die Inhaber von Nettovermögenspositionen – legitimatorisch ab, was sie als „wissenschaftliche, evidenzbasierte“ Abkehr von der „Ideologisierung der Wirtschaftspolitik“ (Burda u.a. 2014) fasst. „Ideologie“ wird hier positivistisch verstanden als jede Form der moralischen Adressierung, womit Ideologiefreiheit zu einem Modus gesellschaftlicher Praxis wird, bei der sich Interaktion ökonomistisch bzw. „nontuistisch“ (Wicksteed 1910, 174ff.)<sup>66</sup> nur mehr über Wirkungen bzw. über Macht (Zahlungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit) vollzieht und vollziehen soll.<sup>67</sup>

### 5.3 Heterodoxer Positivismus und die frohe Botschaft vom gut funktionierenden eigentlichen Markt

Der systematische Unterscheid zwischen positivistischer Orthodoxie und einer ebenfalls positivistischen Heterodoxie kann nur darin bestehen, dass diese den Marktmachtverhältnissen andere Wirkungen zuschreibt als jene.<sup>68</sup> Dies gilt beispielsweise für die These der „Kontraproduktivität“ von Mindestlöhnen, die Friedman (1953, 5f.) bereits in seinem „klassischen“ Beitrag für eine „positive Ökonomik“ als „naheliegendes“ Beispiel wählte.<sup>69</sup> Nun war die Einführung eines (allerdings auch eher moderaten) Mindestlohns in Deutschland ganz und gar nicht „kontraproduktiv“, weshalb sie für die „tradierte Wirtschaftswissenschaft“, deren Vertreter allesamt seine „Kontraproduktivität“ prognostizierten (oder heraufbeschworen?), „ein wissenschaftliches Waterloo“ bildete (Heise 2018). Peter Bofinger, wenn auch nicht unbedingt ein

nach „intensiver Aufklärungsarbeit“ durch „die Wirtschaftsforscher“), ist zurückzuweisen. Denn es sind wiederum niemand andere als „Bürger“, die die „Wirkungsmacht“ ja doch wohl: demokratischer Politik „begrenzen“ (S. 231) und die „Risiken“ (präziser: Gefahren) erzeugen, wenn politische Maßnahmen nicht „anreizkompatibel“ (Schäfer 2009, 432) ausgestaltet sind. Diese „Anreizkompatibilität“ der Politik ist nach Ansicht des Wirtschaftsweisen Christoph Schmidt (FAZ 2019) derzeit angesichts des „internationalen Steuerwettbewerbs“ übrigens nicht gegeben, weshalb „spätestens jetzt ein Signal der steuerlichen Entlastung für die Unternehmen und die Bürger angebracht“ sei. Einige Bürger (offenbar die Mehrheit) sollen also einsehen, dass es (angesichts der Macht einer anderen Gruppe von Bürgern) für ihre Interessen „kontraproduktiv“ wäre, einer Politik zuzustimmen, die der seit langem angewachsenen Einkommenspolarisierung und Vermögenskonzentration Einhalt gebietet.

<sup>66</sup> Vgl. zur Zurückweisung eines „Nontuismus“ als dem Jenseits von „Altruismus“ und „Egoismus“ Thielemann 1996, 144ff.

<sup>67</sup> Vgl. zur korrespondierenden Kategorie moralischer Argumentationsunzugänglichkeit Thielemann 1996, 148.

<sup>68</sup> Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass andere Machtverhältnisse herrschen als *Marktmachtverhältnisse*, etwa „soziale“. Darin, so scheint mir, liegt eine der Pointen der Generalabrechnung mit dem „Marktfundamentalismus“ durch Walter Ötsch (2018), die dieser (daher?) unter dem Titel „Mythos Markt“ verhandelt.

<sup>69</sup> Die externe Norm, deren Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit mit den Marktmachtverhältnissen zur Diskussion steht, wobei sie im zweiten Fall als „widerlegt“ gilt, lässt sich vielleicht mit der Formel einer „anständigen Vergütung für harte Arbeit“ bzw. der Verhinderung einer unanständig tiefen Vergütung fassen.

„heterodoxer“, so doch ein „Dissenter“,<sup>70</sup> begrüßt in seinem Minderheitsvotum ausdrücklich die Hinwendung der Mehrheit des Sachverständigenrates zur „evidenzbasierten Politikberatung“, hält aber fest, dass es „keine uneindeutige, sondern vielmehr eine eindeutige Evidenz“ dafür gebe, „dass von Mindestlöhnen ... keine signifikanten Beschäftigungsverluste ausgehen“ – allerdings nur, „wenn sie angemessen ausgestaltet sind“ (Sachverständigenrat 2013, 291). Bis zu dieser Schwelle, wo immer diese liegen mag, heißt es also für Bezieher sehr niedriger Einkommen: Glück gehabt.

Einer positivistischen Heterodoxie, die ja doch angetreten ist, grundlegend andere Politikempfehlungen als die positivistische Orthodoxie zu geben (und natürlich auch andere als die „ideologische“ Orthodoxie), stehen hierfür im Prinzip drei Optionen zur Verfügung. Sie kann erstens die Kontraproduktivität der Verfolgung bestimmter politischer (oder auch individueller) Handlungsoptionen empirisch zurückweisen, indem sie das Bestehen doch deutlich weitergehender marktwidriger Handlungsspielräume einräumt, als die Advokaten ubiquitärer Sachzwänge behaupten.<sup>71</sup> Diesem Konzept ist der obige Einwand Bofingers zuzuordnen, ebenso die Zurückweisung der von orthodoxen Ökonomen vielfach vertretenen „Politikineffektivitätsthese“ als Scheinsachzwang (Peukert 2018b, 54, 60, 79, 110). Da die „Zwangsläufigkeit ökonomischer ‚natürlicher Gesetzmäßigkeiten‘“ insbesondere angesichts „institutioneller Faktoren“ so nicht bestehe, gebe es Spielräume für „realistische Politikempfehlungen“ jenseits des neoliberalen Mainstreams.<sup>72</sup> Mit bzw. gegen Milton Friedman (1953, 22) gewendet, lässt sich diese empirische Behauptung so fassen, dass „der Prozess ‚natürlicher Selektion‘ [durch den Wettbewerb], der dabei hilft, die Hypothese [der Kontraproduktivität oder zumindest der Unwirksamkeit marktwidriger Aspirationen, A.d.V.] zu bestätigen“, weniger weit reicht, als die Proponenten behaupten (bzw. sich wünschen). An den Grenzen des „Realismus“ fände diese Konzeption allerdings wiederum ihre Grenze.

Zum zweiten kann eine den neoliberalen Politikempfehlungen sozusagen widergelagerte Kontraproduktivität vertreten werden. Dies gilt beispielsweise für die These der „Kontraproduktivität“ einer Austeritätspolitik. Da diese das Wachstum hemme, unterminiere sie ihr eigenes Ziel der Reduktion von Verschuldungsgraden bzw. der Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit (vgl. Blyth 2013, Sen 2015, Stiglitz 2016). Dies wiederum lässt sich deuten als die Behauptung der „Produktivität“ und insofern als der „Marktkonformität“ „progressiver“ Werte und Normen, die vor allem auf eine gleichmäßigere Einkommensverteilung abstellen.

Insofern mündet diese zweite in die dritte Variante einer bloß positiv verfahrenen Zurückweisung der positivistischen Orthodoxie durch eine positivistische Heterodoxie: die Erklärung der „Produktivität“ statt der „Kontraproduktivität“ der fraglichen externen Normen, also die

<sup>70</sup> Bofinger scheint sich selbst nicht der Heterodoxie zuzurechnen („Wer soll das eigentlich sein, nach welchen Kriterien gilt man als heterodoxer Ökonom?“, vgl. Plickert 2018), wird aber der Gruppe der „Dissenter“ zugerechnet (Heise/Sander/Thieme 2017, 74). Priewe (2016, 225) ordnet Bofinger hingegen der Heterodoxie zu.

<sup>71</sup> Diese Handlungsoptionen haben im positivistischen Bezugsrahmen den Charakter von externen Normen bzw. von „moralischen Präferenzen“. Vgl. zur Kritik der Konzeptualisierung von Moralität als „Präferenz“ Thielemann 1996, 112ff., 132ff.; Ötsch 2019, 265, 273; Sen 1977, 326f.

<sup>72</sup> Möglicherweise handelt es sich bei diesen „realistischen Politikempfehlungen“ allerdings um eine kluge Abwägung konfligierender Interessen bzw. Ansprüche, was allerdings auf ein ganz anderes, nämlich ein ethisch-kritisch fokussiertes statt positiv-wertfreies Paradigma verwiese.

Behauptung eines Business Case für (alle?) ethisch begründbaren Normen im Sinne einer parietanischen Ethik des Win-Win. Naidu, Rodrik und Zucman (2019, 2f.) begründen ihr Initiative eines „empirical turn“ der Ökonomik damit, dass diese doch heute bereits weitgehend empirisch aufgestellte Forschung (die als solche nur zeigen kann, welche sozialen Wirkungs- bzw. Machtbeziehungen tatsächlich bestehen) ein „Verbündeter für inklusiven Wohlstand“ sei. Die frohe Botschaft ihres „Narrativs des Fortschritts“, welches sich „empirisch bestätigen“ lasse (Steinbaum 2019),<sup>73</sup> bestehe etwa darin, dass „Interventionen“ möglich seien, die zugleich „die Effizienz“ (gemeint dürfte BIP-Wachstum sein) und die „Gleichheit“ (gemeint ist eine weniger starke Einkommenspolarisierung) erhöhen (Naidu/Rodrik/Zucman 2019, 5). Wer also „die Effizienz“ steigern will, kann nicht umhin, die Ungleichheit zu verringern. Gleiches gilt für den Abbau von Machtasymmetrien, der „nicht nur verteilungspolitisch Sinn macht, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Leistung erhöht“ (Naidu/Rodrik/Zucman 2019, 7).

In Zeiten der Herrschaft des Marktprinzips bleibt, so lange die Absolutheit dieser Herrschaft nicht selbst in Frage gestellt wird, Progressiven nur eine Möglichkeit, ihren Normen Nachachtung zu verschaffen. Sie müssen die Marktkonformität der Befolgung der Norm empirisch (also unter Anerkennung dieser Herrschaft) nachweisen und für diese das Bestehen eines Business Case behaupten. So wird von ökologischer Seite etwa behauptet, „dass das Land, welches seine Industrie mit Hilfe adäquater staatlicher Rahmenbedingungen rechtzeitig in Richtung Green Economy steuert, hinterher auch wirtschaftlich besser aufgestellt sein wird“ (Kaltenborn u.a. 2013, v), im globalen Wettbewerb also die Nase vorn haben wird.<sup>74</sup>

Joseph Stiglitz (2015, 103) glaubt tatsächlich, eine Politik der Redistribution läge im „aufgeklärten [d.h. langfristigen statt kurzfristigen, also im wahren, A.d.V.] Eigeninteresse“ aller, auch der Milliardäre. „Wenn alle Angehörigen des 1 Prozents ihr aufgeklärtes Eigeninteresse verfolgten, würde ihnen die Ungleichheit Sorgen machen und sie würden etwas dagegen unternehmen.“ Den Widerstand beispielsweise gegen eine höhere und progressivere Besteuerung oder gegen die Bekämpfung von Steueroasen aufzugeben, müsste also von ihnen als Investition begriffen werden können, d.h. als Kosten, die sich langfristig wieder auszahlen. Dies entweder, weil eine Umverteilung sie langfristig noch reicher machen würde (was offenbar der Verteilungsgerechtigkeit keinen Abbruch täte) oder weil sie so verhindern würden, inskünftig ärmer zu werden, ärmer als jetzt minus Umverteilungskosten, sei es durch Aufstände bzw. die Aufkündigung des „sozialen Friedens“ oder (und darum geht es Stiglitz vor allem) durch „eine Abwärtsspirale ökonomischer Dysfunktionalität“ (S.129). Diese ergebe sich daraus, dass die Hocheinkommensbezieher hohe Anteile ihrer Einkommen der effektiven Gesamtnachfrage entziehen, also faktisch horten bzw. in Spekulationsgeschäften verschwenden, so dass ihnen die

<sup>73</sup> Die einzige Sorge Steinbaums ist es, dass die „empirische Revolution“, die Naidu, Rodrik und Zucman anstoßen wollen (und die sich im Projekt einer positivistischen Heterodoxie im Ganzen findet), durch „implizite und unbewusste Verzerrungen“, die noch aus der Zeit einer vor-empirischen (also im Sinne Stiglitz „ideologischen“) Ökonomik stammen, ihrer inhärenten Progressivität beraubt wird. Allein darum werde uns „der Empirizismus allein nicht retten“.

<sup>74</sup> Das ist natürlich streng genommen keine Ethik des Win-Win (weil die weniger „nachhaltig“ aufgestellten „Standorte“ diese Behauptung zufolge verlieren werden), aber doch eine These, die eine den Marktmachtverhältnissen inhärente Progressivität behauptet. Und überdies gewinne ja nicht nur „die Ethik“, sondern auch derjenige, der das Richtige tut.



Gewinnquellen abhandenkommen (S. 130, 186). Was den „fairen Anteil“, den „die Superreichen“ zu zahlen hätten (S. 240), anbelangt, so würde dieser, wie die (Verteilungs-)Gerechtigkeit überhaupt, allerdings davon abhängig gemacht, dass er sich für diese Superreichen auszahlt. Was sich nicht auszahlt bzw. nicht „gut für das Geschäft“ ist (S. 127), müsste umgekehrt als unfair gelten. Dies ist Ökonomismus in Reinform.<sup>75</sup>

Eine positivistisch ausgerichtete Ökonomik (bei der wir von allen Momenten der eo ipso normativen Deutung des Gegenstandes kontrafaktisch abstrahieren) kann nicht umhin, als allein die „wahren“ Marktmachtverhältnisse als „die Tatsachen“ festzuhalten. Die (durchaus interessante) Kontroverse zwischen positivistischer Orthodoxie und positivistischer Heterodoxie kann sich nur darauf erstrecken, dass jeweils andere Marktmachtverhältnisse (weit verstanden) als bestehend angenommen werden (und damit auch andere Konstellationen wahrer Eigeninteressen). Der „Marktmechanismus“ als ein Interaktionszusammenhang selbst bleibt der ethischen Reflexion entzogen und wird als eine bestehende Quasi-Naturtatsache begriffen und damit faktisch affirmiert. Darin besteht die Normativität einer rein positiven und daher bloß vermeintlich „wertfreien“ Ökonomik überhaupt.

## 6. *Das ethisch-kritische Paradigma von Ökonomik*

Die Alternative bestünde in der kritischen Explikation der Marktinteraktionsverhältnisse selbst bzw. grundlegend betrachtet: der Marktlogik unter ethisch gehaltvollen erkenntnisleitenden Gesichtspunkten (beispielsweise dem der Freiheit, unverkürzt verstanden). Die Marktlogik ist, wie sie ist, kann aber mehr oder weniger weitgehend entfaltet sein. Bei der Klärung der Marktlogik sind selbstverständlich sowohl positiv die tatsächlichen Wirkungsverhältnisse kontrovers (Beispiel: sind „Schöpfung“ und „Zerstörung“ zwei unausweichliche Seiten der Entfaltung der Marktlogik, oder kann es auch „Schöpfung“ ohne „Zerstörung“ geben)<sup>76</sup> als auch die normativen Gesichtspunkte, unter denen die Entfaltung der Marktlogik überhaupt erst einen interessanten Erkenntnisgegenstand bildet (Beispiel: bloß negative oder umfassend positive Freiheit). Erst mit dieser, ethisch-kritischen statt aufs Positive verengten Perspektive gerät die Option der Begrenzung der Entfaltung der Marktlogik (sowohl auf der individuellen Ebene des Handelns: Gewinnstreben statt Gewinnmaximierung, als auch auf ordnungspolitischer Ebene: „offene Märkte“ oder globale wettbewerbliche, also „protektionistische“ Waffenstillstandsabkommen) in den Blick und damit die Option einer eingebetteten Marktwirtschaft. Normativ ist auch die Position, diese Option qua bloß positivistischer Methodologie a priori auszuschließen.

<sup>75</sup> Insofern weicht Stiglitz als Ökonom vom zumindest seit der Neoklassik etablierten Identitätsprinzip seiner Disziplin, dem „Rationalprinzip“ (vgl. Abschnitt 3.1), nicht ab. Ob die dezidiert progressive Agenda des brillanten Kritikers Stiglitz sich gesamthaft dieser Logik fügt, ist allerdings höchst zweifelhaft und wäre eine eigene Untersuchung wert.

<sup>76</sup> Rein positiv, also positivistisch, lässt sich diese Frage bereits darum nicht beantworten, weil die „Zerstörung“ nicht messbar ist bzw. sein muss (etwa durch Arbeitslosigkeit, Insolvenz oder Einkommensrückgang). Dies hat pragmatische Gründe: Die Betroffenen werden ja und müssen ja handeln, nämlich „unternehmerisch“, so dass ein Einkommensverlust nicht feststellbar sein muss. Vgl. Thielemann 2010, 214ff., 329ff.

„Die Probleme der schöpferischen Zerstörung *nicht* in das Zentrum der wirtschaftlichen Fragen zu rücken, ist eben *auch* ein Werturteil in einer auf ‚positive Ökonomik‘ bedachten Wissenschaft.“ (Brodbeck 1996, 308)

### Literatur

- Albert, H. (1972) *Ökonomische Ideologie und politische Theorie*, 2. Aufl., Göttingen
- Albert, H. (1980) *Traktat über kritische Vernunft*, 4. Aufl., Tübingen
- Albert, H. (1998) *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, Tübingen
- Albert, H. (1995) *Die Idee rationaler Praxis und die ökonomische Tradition*, Walter Adolf Jöhr Vorlesung 1995, St. Gallen
- Albert, H. (2002) *Science and the Social Order*, in: Brennan, G., Kliemt, H., Tollison, R.D. (Hg.): *Method and Morals in Constitutional Economics. Essays in Honor of James M. Buchanan*, Berlin, Heidelberg
- Altvater, E. (2006) *Die zerstörerische Schöpfung. Kapitalistische Entwicklung zwischen Zivilisierung und Entzivilisierung*, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 36. Jg., Nr. 2, 157-175
- Anderson, E. (1990) *The Ethical Limitations of the Market*, *Economics and Philosophy*, Vol. 6, H. 2, S. 179-205
- Anzinger, L. (2019) *Die vermeintliche Wertfreiheit der Mainstreamökonomik*, ExMA-Papers, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien Universität Hamburg, <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/heise/zoess/publikationen/exma-papers/exma-anzinger.pdf>
- Apel, K.-O. (1973) *Transformation der Philosophie*, Bd. 2: *Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft*.
- Apel, K.-O. (1979) *Die Erklären-Verstehen-Kontroverse in transzendentalpragmatischer Sicht*, Frankfurt a.M.
- Abländer, M. (2011) *Einleitung*, in: ders. (Hg.), *Handbuch Wirtschaftsethik*, Stuttgart, S. 1-5
- Abländer, M., Schumann, O.J. (2011) *Wirtschaftsethik als angewandte Ethik*, in: Abländer, M. (Hg.), *Handbuch Wirtschaftsethik*, Stuttgart, S. 177-187
- Abländer, M., Nutzinger, H.G. (2010) *Der systematische Ort der Moral ist die Ethik! Einige kritische Anmerkungen zur ökonomischen Ethik Karl Homanns*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 11, S. 226-248
- Bachmann, R. (2016) *Gegen einen Pluralismus-Kodex*, in: *Ökonomenstimme*, 4. Juli, <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/07/gegen-einen-pluralismus-kodex/>
- Becker, G.S. (1982) *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*, Tübingen
- Bhagwati, J. (1996) *The Demands to Reduce Domestic Diversity among Trading Nations*, in: Ders., Hudec, R. (Hg.), *Fair Trade and Harmonization*, Cambridge, S. 9-40
- Blyth, M. (2013) *Austerity. The History of a Dangerous Idea*, Oxford
- Boda, Z., Zsolnai, L. (2016) *The failure of business ethics*, in: *Society and Business Review*, Vol. 11 (1), S. 93-104
- Böhler, D. (1981) *Naturverstehen und Sinnverstehen*, in: Rapp, F. (Hg.): *Naturverständnis und Naturbeherrschung*, München, S. 70-95

- Bregman, R. (2019) „Wir müssen das Biest Kapitalismus zähmen“, Interview, Berliner Zeitung, 9.2., <https://www.fr.de/wirtschaft/wir-muessen-biest-kapitalismus-zaehmen-11746721.html>
- Breyer, F. (2008) Die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft und die Rolle der Ökonomen, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 9, H. 2, S. 125-138
- Bröckling, U. (2007) Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.
- Brodbeck, K.-H. (1996) Erfolgsfaktor Kreativität. Die Zukunft unserer Marktwirtschaft, Darmstadt
- Brodbeck, K.-H. (2002a) Beiträge zu Ethik und Wirtschaft, Gröbenzell
- Brodbeck, K.-H. (2002b) Buddhistische Wirtschaftsethik. Eine vergleichende Einführung, Aachen
- Brodbeck, K.-H. (2003) Ökonomische Theorie als implizite Ethik. Erkenntniskritische Anmerkungen zur „reinen Wirtschaftswissenschaft“, in: Breuer, M., Brink, A., Schumann, O.J. (Hg.): Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft, Bern-Stuttgart-Wien, 191-220
- Brodbeck, K.-H. (2009) Was heißt eigentlich Marktgehorsam? Wider die falsche Autorität der ökonomischen Mechanik; in: Abländer, M., Ulrich, P. (Hg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Bern-Stuttgart-Wien, 45-67
- Burda, M./Schnitzer, M./Fitzenberger, B./Schmidt, Ch. (2014) Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik. Thesenpapier zur Kerntagung des Vereins für Socialpolitik in Hamburg 2014, [https://www.socialpolitik.de/docs/2014/Thesen\\_Evidenzbasierte\\_Wirtschaftspolitik.pdf](https://www.socialpolitik.de/docs/2014/Thesen_Evidenzbasierte_Wirtschaftspolitik.pdf)
- Cheng, L. (2016) Morality and Value Neutrality in Economics: A Dualist View, MPRA Paper No. 73797, <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/73797/>
- Chen, R., Hanson, J. (2004) The Illusion of Law: The Legitimation Schemas of Modern Policy and Corporate Law, in: Michigan Law Review, Vol. 103, S. 1-149, <https://ssrn.com/abstract=965207>
- Crouch, C. (2008) Postdemokratie, Frankfurt a.M.
- Deutschmann, Ch. (2015) Die Entgrenzung der Märkte als Problem der Gesellschaftstheorie, in: Leviathan, 43. Jg., H. 4, S. 539-566
- Earle, J., Morgan, C., Ward-Perkins, Z. (2017) The Econocracy. The Perils of Leaving Economics to the Experts, Manchester
- Egan-Krieger, T. von (2014) Die Illusion wertfreier Ökonomie. Eine Untersuchung der Normativität heterodoxer Theorien, Frankfurt a.M.
- Elsner, W. (2015) Sozioökonomie und Evolutorischer Institutionalismus, in: Hedtke, R. (Hg.), Was ist und wozu Sozioökonomie?, Wiesbaden, S. 231-260
- FAZ (2019) Chef der Wirtschaftsweisen fordert Steuersenkungen, 12.06., <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/chef-der-wirtschaftsweisen-fordert-steuersenkungen-16232505.html>
- Feld, L.P., Schmidt, Ch.M., Schnabel, I., Wieland, V. (2017) Vertraut dem Markt!, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 33, 20. August, S. 20
- Ferraro, F., Pfeffer, J., Sutton, R. I. (2005) Economics Language and Assumptions: How Theories Become Self-Fulfilling, in: Academy of Management Review, 30, 8-24
- Forder, J. (2016) Economics. A Beginner's Guide, London
- Fratzcher, M. (2016) Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München
- Freeman, A. (2009) The Economists of Tomorrow, MPRA Paper No. 15691, <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/15691/>
- Friedman, M. (1953) Essays in Positive Economics, Chicago, London
- Fritsch, M., Wein, Th., Ewers, H.-J. (2005) Marktversagen und Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., München
- Genschel, Ph., Seelkopf, L. (2015) The Competition State: The Modern State in a Global Economy, in: Leibried, St., u.a. (Hg.), The Oxford Handbook of Transformations of the State, Oxford, 237-252

- Giersch, H. (1997) Das Jahrhundert der Globalisierung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. November, S. 13
- Göbel, E. (2006) Unternehmensethik. Grundlagen und praktische Umsetzung, Stuttgart
- Habermas, J. (1968) Erkenntnis und Interesse, in: ders.: Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, S. 146-169
- Habermas, J. (1991) Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt a.M.
- Hayek, F.A. von (1952) Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich
- Hayek, F.A. von (1981) Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 3, Landsberg am Lech
- Hayek, F.A. von (1996) Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien, Tübingen
- Hedtke, R. (2015) Was ist und wozu Sozioökonomie?, in: Hedtke, R. (Hg.), Was ist und wozu Sozioökonomie?, Wiesbaden, S. 19-69
- Heidbrink, L., Lorch, A., Rauen, V. (2019) Wirtschaftsphilosophie zur Einführung, Hamburg
- Heilbroner, R.L. (1973) Economics as a „Value Free“ Science, in: Social Research, Vol. 40, Nr. 1, S. 129-143
- Heise, A. (2016) Für einen Pluralismus-Kodex, <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/07/fuer-einen-pluralismus-kodex/>
- Heise A. (2018) Eine Blamage für die Wissenschaft, in: Frankfurter Rundschau, 6.12., <http://www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-eine-blamage-fuer-die-wissenschaft-a-1633287>
- Heise, A., Sander, H., Thieme, S. (2017) Das Ende der Heterodoxie? Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland, Wiesbaden
- Heitmeyer, W. (2018) Autoritäre Versuchungen, Frankfurt a.M.
- Hirsch, J. (1998) Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin
- Holzmann, R. (2015) Wirtschaftsethik, Wiesbaden
- Homann, K. (1989) Entstehung, Befolgung und Wandel, in: F. U. Pappi (Hg.), Wirtschaftsethik, Kiel, S. 47-64
- Homann, K., Blome-Drees, F. (1992) Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Homann, K., Suchanek, A. (2005) Ökonomik. Eine Einführung, Tübingen
- Huerta de Soto, J. (2006) Die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Markt und unternehmerische Kreativität, Wien
- Kaltenborn, W., u.a. (2013) Treiber und Hemmnisse für die Transformation der deutschen Wirtschaft zu einer „Green Economy“, Endbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin
- Kappler, E. (2013) Menschenbilder müssen scheitern. Menschen sind erkennbar bekannt, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, 14/2, S. 301-314
- Kaufmann, St. (2014) Gerechtigkeitsdebatte: Die Ungleichheit schadet der Weltwirtschaft, in: Berliner Zeitung, 5. September, <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/gerechtigkeitsdebatte-die-ungleichheit-schadet-der-weltwirtschaft-362848>
- Kaufmann, St. (2019) Eigentum ist antastbar, in: der Freitag, Ausgabe 15, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/eigentum-ist-antastbar>
- Keen, St. (2011) Debunking Economics. The Naked Emperor Dethroned, Zed Books, London, New York
- Keynes, J.M. (1963) Essays in Persuasion, New York
- Keynes, J.N. (1917) The Scope and Method of Political Economy, 4. Aufl., New York
- Kirchgässner, G. (1991) Homo oeconomicus, Tübingen

- Kirchgässner, G. (1996) Ideologie und Information in der Politikberatung. Einige Bemerkungen und ein Fallbeispiel, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Tübingen, S. 9-41
- Kirchgässner, G. (2009) Die Krise der Wirtschaft. Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften?, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 10(4), S. 436-468
- Kirzner, I.M. (1978) *Wettbewerb und Unternehmertum*, Tübingen
- Klein, N. (2009) *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, Frankfurt a.M.
- Komlos, J. (2015) *Ökonomisches Denken nach dem Crash. Einführung in eine realitätsbasierte Volkswirtschaftslehre*, Marburg
- Komlos, J. (2019) *Foundations of Real-World Economics*, 2d. ed., Taylor & Francis, New York and London
- Kuhn, Th., Weibler, J. (2011), Ist Ethik ein Erfolgsfaktor? Unternehmensethik im Spannungsfeld von Oxyoron Case, Business Case und Integrity Case, in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft*, Special-Issue, S. 93-118
- Levitt, St. D., Dubner, St. J. (2006) *Freakeconomics*, London
- Mankiw, N.G., Taylor, M.P. (2008) *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, 4. Aufl., Stuttgart
- Mas-Colell, A., Whinston, M.D., Green, J.R. (1995) *Microeconomic Theory*, New York, Oxford
- Mazzucato, M. (2018) *The Value of Everything. Making and Taking in the Global Economy*, New York
- McKenzie, R.B. (1988) *The American Job Machine*, New York
- McKenzie, R.B. (2010) Predictably Rational? In Search of Defenses for Rational Behavior in Economics, Heidelberg, u.a.
- Mirowski, Ph. (2015) *Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist*, Berlin
- Mises, L. von (1940) *Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens*, Genf
- Mittelstrass, J. (1982) *Wissenschaft als Lebensform. Reden über philosophische Orientierungen in Wissenschaft und Universität*, Frankfurt a.M.
- Myrdal, G. (1965) *Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft*, Hannover
- Myrdal, G. (1976) *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, 2. Aufl., Bonn, Bad Godesberg
- Naidu, S., Rodrik, D., Zucman, G. (2019) Economics for Inclusive Prosperity: An Introduction, in: *Economists for Inclusive Prosperity* (Hg.), *Economics for Inclusive Prosperity: An Introduction*, S. 1-8, <https://econfip.org/wp-content/uploads/2019/02/Economics-for-Inclusive-Prosperity.pdf>
- Guschanski A., Onaran Ö. (2018) Determinants of the Wage Share. A Cross-country Comparison Using Sectoral Data, *CESifo Forum*, Vol. 19, H. 2, 44-54
- Ötsch, W.O. (2019) *Mythos Markt. Mythos Neoklassik. Das Elend des Marktfundamentalismus*, Marburg
- Pennekamp, J. (2019) Gewinn um jeden Preis, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 28.10., <https://blogs.faz.net/fazit/2018/10/31/der-fall-khashoggi-gewinn-um-jeden-preis-10374/>
- Peukert, H. (2018a) *Mikroökonomische Lehrbücher: Wissenschaft oder Ideologie?*, Marburg
- Peukert, H. (2018b) *Makroökonomische Lehrbücher: Wissenschaft oder Ideologie?*, Marburg
- Plickert, Ph. (2018) Das letzte Aufgebot der Gewerkschaften, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.11., <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsweisen-kandidat-das-letzte-aufgebot-der-gewerkschaften-15887459.html>
- Porter, M.E., Kramer, M.R. (2011) Creating Shared Value. How to Reinvent Capitalism and Unleash a Wave of Innovation and Growth, in: *Harvard Business Review*, Vol. 89 (1/2), 62-77

- Priewe, J. (2016) Wechselkursstheorie in drei Standardlehrbüchern der Volkswirtschaftslehre, in: Treeck, T.v., Urban, J.: *Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken der Lehrbuchökonomie*, Berlin, S. 250-263
- Reichert, W.-G. (2013) Effizient und gerecht? Alan Gewirths Community of Rights und das Konzept der Politischen Wirtschaftsethik, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaft*, Bd. 53, S. 249-273
- Reyes, G., Scholz, M., Smith, C. (2017) Beyond the “Win-Win”. Creating Shared Value Requires Ethical Frameworks, in: *California Management Review*, Vol. 59(2), S. 142-167
- Robbins, L. (1945) *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*, 2. Aufl. London
- Rochon, L.-Ph., Rossi, S. (2016) What is Economics?, in: dies. (Hg.) *An Introduction to Macroeconomics. A Heterodox Approach to Economic Analysis*, Cheltenham/Northampton, S. 21-41
- Rodrik, D. (2011) *Das Globalisierungsparadox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft*, München
- Rodrik, D. (2015) *Economics Rules. Why Economics Work, When it Fails, and How to Tell the Difference*, Oxford
- Rodrik, D. (2018) *Straight Talk on Trade. Ideas for a Sane World Economy*, Princeton University Press, Princeton
- Rüstow, A. (1963) *Rede und Antwort*, Ludwigsburg
- Sachverständigenrat (2013) *Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, Jahresgutachten 2013/14*, Wiesbaden
- Sachverständigenrat (2014) *Mehr Vertrauen in Marktprozesse, Jahresgutachten 2014/15*, Wiesbaden
- Samuelson, P.A., Nordhaus, W.D. (2010) *Volkswirtschaftslehre. Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie*, 4. Aufl., München
- Schäfer, W. (2009) Ordnungsökonomik ist Institutionenökonomik, in: *Wirtschaftsdienst*, 89 (7), 431-435
- Schmidbauer, H. (1974) *Allokation, technischer Fortschritt und Wettbewerbspolitik*, Tübingen
- Schmidt, Ch. M. (2014) Wirkungstreffer erzielen. Die Rolle der evidenzbasierten Politikberatung in einer aufgeklärten Gesellschaft, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 15(3), S. 219-233
- Schulmeister, S. (2018) *Der Weg zur Prosperität*, Ecowin, Salzburg
- Schumpeter, J.A. (1993) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7. Aufl., Tübingen
- Sen, A. (1977) Rational Fools. A Critique of the Behavioral Foundations of Economic Theory, in: *Philosophy and Public Affairs*, Vol. 6, No. 4, S. 317-344
- Sen, A. (1987) *On Ethics and Economics*, Oxford
- Sen, A. (2015) The Economic Consequences of Austerity, in: *New Statesman*, 6/5/2015, Vol. 144, Issue 5265, S. 28-33
- Shapira, R., Zingales, L. (2017) Is Pollution Value-Maximizing? The Dupont Case, NBER Working Paper 23866, <http://www.nber.org/papers/w23866>
- Sinn, H.-W. (2005) Im Gespräch mit Prof. Hans-Werner Sinn, in: *WSM Nachrichten*, 30. Oktober, S. 11, [www.cesifo-group.de](http://www.cesifo-group.de)
- Skidelsky, R., Skidelsky, E. (2013) *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*, München
- Slobodian, Q. (2019) *Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*, Berlin
- Söderbaum, P. (2019) Toward sustainable development: from neoclassical monopoly to democracy-oriented economics, *real-world economics review*, Nr. 87, S. 181-195, <http://www.paecon.net/PAERReview/issue87/whole87.pdf>

- Steinbaum, M. (2019) Economics after Neoliberalism. The dead weight of decades of bad economics remains, 28. Februar, <http://bostonreview.net/forum/economics-after-neoliberalism/marshallsteinbaum-empiricism-alone-wont-save-us>
- Stiglitz, J.E. (2002) There is no Invisible Hand, in: The Guardian, 20.12., <https://www.theguardian.com/education/2002/dec/20/highereducation.uk1>
- Stiglitz, J.E. (2015) Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, München
- Stiglitz, J.E. (2016) The Euro. How a Common Currency Threatens the Future of Europe, New York, London
- Stiglitz, J.E., Walsh, C.E. (2010) Mikroökonomie, 4. Aufl., Oldenburg
- Streeck, W. (2012) Der öffentliche Auftrag der Soziologie, in: Leviathan 40/1, S. 129-147
- Streeck, W. (2015) Wie wird der Kapitalismus enden?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, S. 99-111
- Streit, M.E. (2006) Der Neoliberalismus – Ein fragwürdiges Ideensystem?, in: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, H. 57, S. 91-98
- Stürner, R. (2007) Markt und Wettbewerb über alles? Gesellschaft und Recht im Fokus neoliberaler Marktideologie, München
- Thielemann, U. (1996) Das Prinzip Markt. Kritik der ökonomischen Tauschlogik, Bern, Stuttgart, Wien
- Thielemann, U. (2000) Was spricht gegen angewandte Ethik? Erläutert am Beispiel der Wirtschaftsethik, in: ETHICA, Jg. 8, Nr. 1, 2000, S. 37-68
- Thielemann, U. (2001) Wirtschaftsethik als Anstrengung zur Überwindung von Philosophievergessenheit, in: Koslowski, P. (Hg.), Wirtschaftsethik. Wo ist die Philosophie? Heidelberg, S. 145-178
- Thielemann, U. (2008) Ethik als Erfolgsfaktor? The Case against the business case und die Idee verdienter Reputation, in: Scherer, A.G., Patzer, M. (Hg.), Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensethik, Wiesbaden, S. 231-255
- Thielemann, U. (2009) System Error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt, Frankfurt a.M.
- Thielemann, U. (2010) Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus, Marburg
- Thielemann, U. (2012a) Das Imperium schlägt zurück, Blogbeitrag der Denkfabrik für Wirtschaftsethik, 27. April, <http://www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012/repliken/die-zeit/>
- Thielemann, U. (2012b) Ethik des Finanzmarktes. Die unverstandene Rolle des Kapitals als angeblicher „Dienerin der Realwirtschaft“, in: Zschaler, F.E., Meck, S., Kleine, J. (Hg.), Finethikon. Jahrbuch für Finanz- und Organisationsethik, Bd. 2, Stuttgart, S. 31-60
- Thielemann, U. (2013) Elementare Wettbewerbstheorie: Kein Wachstum ohne Schmerzen, Blogbeitrag der Denkfabrik für Wirtschaftsethik, 27. März, <http://www.mem-wirtschaftsethik.de/blog/blog-einzelseite/article/elementare-w/>
- Thielemann, U. (2014) Ökonomismuskritische Wirtschaftsethik. Jenseits des Partikularismus des Kontraproduktivitätsparadigmas, in: Schaupp, W. (Hg.), Ethik und Empirie. Gegenwärtige Herausforderungen für Moralthologie und Sozialethik, Freiburg, Wien, 201-224.
- Thielemann, U. (2018) „Die Revolution der Mittelklasse“. Ein aussichtsloses Aufbegehren der Gilet jaunes gegen die Sachzwänge?, Blogbeitrag der Denkfabrik für Wirtschaftsethik, 18. Dezember, <http://www.mem-wirtschaftsethik.de/blog/blog-einzelseite/article/die-revolut/>
- Thielemann, U. (2019) „Ökonomie ist Ethik.“ Aber welche? Eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsethik Karl-Heinz Brodbeck, in: Graupe, S., Ötsch, W.O., Rommel, F. (Hg.), Spielräume des Denkens. Festschrift zu Ehren von Karl-Heinz Brodbeck, Marburg 2019, S. 357-378
- Thielemann, U. (2020) Die Revitalisierung der Idee der Sozialen Marktwirtschaft, in: Meinzer, M., Pohl, M. (Hg.), Finanzethik und Steuergerechtigkeit, Wiesbaden 2020, S. 53-86

- Thomasberger, C. (2009) ‚Planung für den Markt‘ versus ‚Planung für die Freiheit‘. Zu den stillschweigenden Voraussetzungen des Neoliberalismus, in: Ötsch, W., Thomasberger, C. (Hg.): Der neo-liberale Markt-Diskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen, Marburg, 63-96
- Ulrich, P. (2004) Prinzipienkaskaden oder Graswurzelreflexion? Zum Praxisbezug der Integrativen Wirtschaftsethik, in: Ulrich, P., Breuer, M. (Hg.): Wirtschaftsethik im philosophischen Diskurs. Begründung und „Anwendung“ praktischen Orientierungswissens, Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 127-142
- Ulrich, P. (2016) Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 5. Aufl., Bern
- Varian, H.R. (2007) Grundzüge der Mikroökonomik, 7. Aufl., München
- Varoufakis, Y. (1998) Foundations of Economics. A Beginner’s Companion, London, New York
- Vontobel, W. (2012) Krieg um Währung und Jobs! Es braucht einen Waffenstillstand, [www.blick.ch](http://www.blick.ch), 27. September
- Wade, R.H. (2017) Ist Trumps Handelspolitik falsch? Nicht ganz – schaut man auf Produktion und Beschäftigung, in: Leviathan, 45. Jg., 4, S. 524-552
- Walpen, B. (2004) Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegenomietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society, Hamburg
- Walras, L. (1896) Elements of Theoretical Economics, translated and edited by Donald A. Walker and Jan van Daal, Cambridge 2014
- Weber, M. (1920) Gesammelte Aufsätze zur Religionsphilosophie I, Tübingen
- Weber, M. (1972) Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl., Tübingen
- Weber, M. (1982) Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 5. Aufl., Tübingen
- Wicksteed, Ph.H. (1910) The Common Sense of Political Economy, London
- Wieland, J. (2008) CSR und Globalisierung. Über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, in: Heidbrink, L./Hirsch, A. (Hg.) Verantwortung als marktwirtschaftliches Prinzip, Frankfurt a.M./New York
- Willgerodt, H. (2009) Von der Wertfreiheit zur Wertlosigkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.02., Nr. 49, S. 12